Nr. 40. Sonntag, 16. Februar 1896

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und Feiertage. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XV. Jahrgang.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Das englische Echo von der deutschen Transvaaldebatte.

Das **englische Parlament** setzte gestern die Debatte über den Zusatzantrag Labouchère zur Adresse fort. Sir William Harcourt erklärte, er hätte in die Debatte nicht eingegriffen wenn nicht innerhalb der letzten 24 Stunden Dinge von der allergrößten Wichtigkeit eingetreten wären. „Die heutigen Zeitungen“, führte Harcourt aus, „bringen die gestrigen Aeußerungen des deutschen Staatssecretärs des Auswärtigen Freiherrn von Marschall im deutschen Reichstage. Die Erklärung desselben besagt: „Die Behauptung, daß Präsident Krüger unsere Intervention nachgesucht habe, ist ein Irrthum; ich weiß nichts von einem solchen Schritte.“ Diese Aeußerung ist die unmittelbare Widerlegung der Erklärung Lord Salisburys in betreff des wesentlichsten Punktes derselben. Meines Erachtens ist die Erklärung des Premierministers die unvorsichtigste und rücksichtsloseste; sie ist, wenn sie, wie der deutsche Staatssecretär erklärt hat, nicht begründet ist, geeignet, die jetzige Lage zu verschlimmern. Ich zögere nicht zu sagen, daß Jeder, der zur Förderung übler Gesinnungen zwischen England und Deutschland beiträgt, kein Freund des Friedens ist.“ Die wichtige Frage sei nicht, was Jameson gethan habe, sondern unter welcher Autorität er es gethan habe und ob bekannt gewesen sei, daß er im geeigneten Moment vorzugehen beabsichtige.

Sodann besprach Harcourt den neuesten Schriftwechsel mit dem Präsidenten Krüger und bedauerte, daß eine plötzliche Unterbrechung in den Unterhandlungen eingetreten sei. Die Leute von Transvaal, bemerkte der Redner schließlich, wollen ihre eigenen Angelegenheiten unter sich ordnen und obgleich Chamberlain die allerbesten Absichten betreffend die Uitlander in Johannesburg hegt, wünschen die Uitlander gar keine Einmischung. Sie wünschen weder Englands noch Deutschlands Intervention.

Ueber die weitere Debatte wird heute gemeldet:

London, 15. Februar. **Balfour** erwiderte: Salisburys Erklärungen fußten durchaus auf genügenden Thatsachen. Erstens auf den präcisen Mittheilungen des britischen General-Gouverneurs von Transvaal, und zweitens auf den Plänen Deutschlands, Truppen in der Delagoa-Bay zu landen.

Wenn der Präsident Krüger seine Meinung dahin ausgesprochen hat, das Verhältniß zwischen England und Irland beeinträchtige auch das Verhältniß zwischen England und Transvaal, so sei dies als nicht zutreffend anzusehen. Salisbury habe ferner nicht daran gedacht, als er von den inneren Angelegenheiten gesprochen, den Vertrag von 1884 umzustoßen, denn gerade genannter Vertrag gebe England ein gewisses Recht, selbst bezüglich der inneren Angelegenheiten eine Controle auszuüben und deshalb besitze auch Transvaal keine absolute Unabhängigkeit. Wegen der Form der Untersuchung gegen die Chartered Company werde noch eine Einigung erzielt werden. Uebrigens, wenn die englische Bevölkerung Transvaals so zunehme, wie bis jetzt, dann würde der Zeitpunkt kommen, wo die Boeren allein nicht mehr im Stande seien, so, wie gegenwärtig, die uncontrolirbare Verwaltung des Landes zu führen. Schließlich sprach Balfour noch die Hoffnung aus, daß Präsident Krüger doch nach England kommen werde.

Labouchère zog darauf sein Amendement zurück.

Inzwischen hat sich auch die **englische Presse** mit der Debatte über die Transvaalfrage im deutschen Reichstage und im englischen Unterhause lebhaft beschäftigt. Der conservative „**Standard**“ schreibt:

Die deutsche Regierung habe im Reichstage eine nicht minder herzliche Vertrauenskundgebung erhalten wie Chamberlain im Unterhause. Seit der energischen Vertretung seiner Handlungsweise seien der deutsche Kaiser und dessen Minister einmüthig gewesen in dem Ausdruck ihrer Freundschaft gegenüber Großbritannien und der Billigung dessen, was geschehen sei von englischer Seite. Es wäre unzart, zu kritisch auf das, was vergangen ist, einzugehen, da aber Frhr. v. Marschall seine Verwunderung zu erkennen gegeben habe in Hinsicht der Auslegung, welche die Depesche des deutschen Kaisers in England gefunden hat, so müsse England bemerken, daß bei der Rechtfertigung dieser kaiserlichen Entschließung Frhr. v. Marschall es für angebracht gefunden habe, jede Anspielung auf die Ursache der Verdrießlichkeiten zu unterlassen. England sei so angenehm berührt worden von der Mittheilung, daß militärische Hilfe niemals den Behörden in Pretoria angeboten wurde, daß es gern zugestehen könne, die Beglückwünschung des Präsidenten Krüger zu vergessen dafür, daß es ihm gelungen sei, die inneren Schwierigkeiten beizulegen, ohne dieses imaginäre Element der Hilfe einer auswärtigen Macht anzurufen.

Die „**Times**“ sagt:

Frhr. v. Marschall scheine zu folgern, daß Deutschland das Recht hat, sich nicht nur politischen Veränderungen, die Transvaal wünschen könnte, zu widersetzen, sondern sogar commerziellen Vereinbarungen, welche für die deutschen Interessen ungünstig scheinen. Frhr. v. Marschall scheint zu vergessen, daß England das Vorkaufsrecht in der Delagoa-Bay hat, denn er führt die Aufrechterhaltung des status quo in der Delagoa-Bay mit auf unter den von Deutschland geltend gemachten Rechten. Wenn Deutschland ohne Suzeränetät eine militärische Demonstration in einem autonomen Staate versuchen und unter dem Vorwande, daß einige wenige Deutsche dort angesessen sind, beanspruchen darf, sich den politischen und commerziellen Vereinbarungen dieses Staates zu widersetzen, wie unendlich stärker sind die Gründe, die der Suzerän oder der vorherrschende Staat, welcher die Unterthanenschaft der Mehrzahl der Einwohner für sich in Anspruch nimmt, anführen kann, wenn er intervenirt, um diese Unterthanen vor einer Ungerechtigkeit zu schützen, welche unter dem Vorwande von Vertragsbestimmungen begangen wird.

Noch schärfer drückte sich die „**Daily News**“ aus:

Die gestrige Debatte im deutschen Reichstage ist von größter Wichtigkeit und Tragweite. Die aufgeworfene Frage sei keine geringere als die: Soll Südafrika englisch sein oder deutsch? „Das Auswärtige Amt, sagte ein Redner im Reichstage, hat die Rechte Deutschlands ebenso mit Festigkeit wie mit Umsicht aufrecht erhalten.“ Welches aber ist das Wesen der behaupteten Rechte? Die deutsche Politik bedeutet nichts Geringeres als die Einführung eines Vetos in den Angelegenheiten der südafrikanischen Union, und zwar nicht nur der politischen, sondern auch der commerziellen Union. Die Opposition Deutschlands gegen die Union beruht nach der Erklärung des Staatssecretärs Frhrn. v. Marschall auf dem Bestreben Deutschlands, sich gegen einen Angriff auf materielle Interessen zu schützen, welche Deutschland durch den Bau von Eisenbahnen geschaffen hat. Solch sonderbarer Grund ist noch niemals in der Geschichte der Diplomatie zum Vorschein gekommen. Einer solch übertriebenen Forderung gegenüber ist Olneys Monroe-Doctrin eine milde und vernünftige im Vergleich zu der Doctrin Frhr. v. Marschalls.

Ferner wurden uns noch folgende Aeußerungen der Presse gemeldet:

London, 15. Februar. Der „**Globe**“ empfiehlt der Regierung, nicht länger Worte an jene unwissenden, unverschämten Bauern in Transvaal zu verschwenden, sondern sofort die britische Truppenmacht zu verstärken, um die Regierung in Pretoria zu überzeugen, daß England seine gerechten Forderungen trotz Boeren und Deutschland durchzusetzen entschlossen sei.

Die gemäßigtere „**Westminster-Gazette**“ giebt der Regierung den Rath, einen erträglichen Zustand mit dem Präsidenten Krüger herzustellen.

Politische Tagesschau.

Danzig, 15. Februar.

Reichstag.

Der Reichstag beendete am Freitag zunächst den **Etat des Auswärtigen Amts**.

Zuerst ergriff das Wort:

Staatssecretär Frhr. **v. Marschall**. Er bestätigt auf Anregung des Centrumsabgeordneten Schmidt-Warburg die schon in der Commission abgegebene Erklärung bezüglich der **Gläubiger Griechenlands**. Wir überlassen zunächst die Initiative den Gläubigern, erkennen aber an, daß dieselben wohlbegründeten Anspruch auf ein kräftiges Einschreiten des Reiches zu ihren Gunsten haben. Zur Zeit schweben in Paris Verhandlungen über Einzelheiten. Bis zu welchem Punkte diese gediehen sind, weiß ich nicht. Ich kann nur hoffen, die griechische Regierung werde erkennen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, mit den Gläubigern zu einem billigen Abkommen zu gelangen. Jedenfalls kann ich den Gläubigern unsere kräftige Unterstützung zusagen. Auf eine Anfrage des Centrumsabgeordneten Spahn erklärt Redner die Behauptung der „Deutschen Tagesztg.“ von einer Herabsetzung der russischen **Durchgangs-Eisenbahntarife nach Danzig**, Königsberg und Memel für unrichtig. Auch daß an anderen Stellen solche Durchgangstarife eingeführt seien, so daß große Quantitäten Getreides zu billigen Frachtsätzen sogar bis Köln gelangen können, sei unwahr. Auf eine Anfrage des Abg. Weiß bezeichnet Frhr. v. Marschall die vom Abg. Lutz im bairischen Landtag aufgestellte Behauptung, daß Rußland eine Ausfuhrprämie für Hopfen zahle, als unbegründet.

Abg. Dr. v. **Jazdzewski** (Pole) verlangt Erleichterungen im Grenzverkehr mit Rußland.

Geheimrath **Hellwig** theilt mit, daß noch neuerdings der deutsche Botschafter angewiesen worden sei, in Petersburg auf diese Forderung zurückzukommen.

Abg. **Bebel** (Soc.) beantragt Ablehnung des Gehalts des Botschafters in Wien, da der Botschafter auf diesem Posten wohl überflüssig sein müsse, wenn er im vorigen Sommer zu einer politisch höchst erregten Zeit, zur Zeit der Ermordung Stambulows, statt in Wien sich auf Dampferspazierfahrten in der Nordsee befunden habe.

Staatssecretär Frhr. **v. Marschall** erklärt: Darüber, wann und wie lange ein Botschafter auf Posten zu sein hat oder anderweitig dienstlich verwendet wird, haben lediglich der Kaiser und der Reichskanzler zu entscheiden. So oft ein Botschafter aber anderweitig verwendet wird, ist stets auch für eine ordnungsmäßige Vertretung gesorgt. Ich muß daher die Kritik des Abg. Bebel als vollkommen unberechtigt zurückweisen.

Abg. **Richter** (freis. Volksp.) kann Bebels Kritik nicht als vollkommen unberechtigt ansehen, da der Reichskanzler und der Staatssecretär die Verantwortung vor dem Parlamente tragen. Jedenfalls ist eine häufige Abwesenheit des Botschafters geeignet, die Bedeutung der Botschaft in den Augen des Volkes sehr herabzumindern und die bisherige Freigebigkeit des Reichstages bei den Dotationen für die Botschaften schwinden zu lassen.

Staatssecretär Frhr. **v. Marschall** entgegnet, es handele sich hier um eine Frage des internen Dienstes, worüber er dem Reichstage keine Rechenschaft schuldig sei.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Reichsp.) schließt sich der Auffassung des Frhrn. v. Marschall an.

Abg. **Bebel** (Soc.) reclamirt für den Reichstag dasselbe Recht der Kritik, wie sie das französische und das englische Parlament besitzen.

Staatssecretär Frhr. **v. Marschall** lehnt es nochmals ab, auf diese Dinge einzugehen und dem Abg. Bebel Rede zu stehen.

Abg. **Jebsen** (nat.-lib.) wünscht eine Herabsetzung der Consulatsgebühren für Kauffahrteischiffe.

Director **Reichard** erklärt, eine Revision der Consulatsgebühren werde bereits vorbereitet.

Es folgt die Berathung des **Militäretats**.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Bürklin (nat.-lib.) erklärt

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff**, die Erwägungen hinsichtlich der Besserstellung der Kapellmeister seien noch nicht abgeschlossen.

Auf Anregung des Abg. Weiß erklärt

Staatssecretär Dr. **v. Bötticher**, den preußischen Schullehrerseminaren sei vom Reichskanzler das Recht zum einjährigen Dienst bei erfolgreichem Besuch gewährt worden. Auch den anderen Bundesstaaten sei anheimgestellt, entsprechende Anträge für ihre Seminare zu stellen. Ob auf den Vermögensnachweis bei den betreffenden Einjährigen verzichtet werden könne, darauf könne er hier nicht eingehen.

Abg. **Bebel** (Soc.) erhebt in anderthalbstündiger Rede zahlreiche Beschwerden über Mißstände in der Armee.

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff**, dessen Ausführungen meist in humoristische Form gekleidet sind, antwortet summarisch. Die erwähnten Fälle von Soldatenmißhandlungen seien, soweit ihm bekannt sei, großentheils übertrieben oder objectiv unwahr. Bezüglich der Duelle fragt er den Vorredner, ob denn nicht ihr Parteiheiliger Lassalle in einem Duell gefallen sei. Der Minister bestreitet, daß einige Tage vor dem Amnestieerlaß am 18. Januar noch Soldaten absichtlich eingesperrt worden seien, um ihnen eine Wohlthat zu entziehen. Von einem Zwang zur nachträglichen Taufe der Kinder verheiratheter Soldaten weiß Redner nichts, aber wenn die Armee darauf hinwirkt, so sei das ganz vernünftig. Ebenso billigt der Minister, daß der Regiments-Commandeur in Frankfurt a. O. zwei Soldaten beurlaubt hat, um bei dem Gerbermeister, dessen Arbeiter gestreikt hatten, zur Erledigung unaufschiebbarer Arbeit auszuhelfen.

Nachdem noch der conservative Abg. **Schall** lebhaft gegen die Socialdemokraten polemisirt hatte, wurde die weitere Berathung auf morgen vertagt.

*

Berlin, 14. Febr. Die **Justizcommission** hat heute den § 27 der Justiznovelle über die Zuständigkeit der **Schöffengerichte** angenommen.

Die gestrige Abgeordnetenhaussitzung.

In politischer Hinsicht war gestern die Sitzung des Abgeordnetenhauses von größerem Interesse, als die im Reichstage, indem Graf Kanitz die Ueberlastung des „platten Landes“ mit Einkommen- und Vermögenssteuer zur Sprache brachte und energische Abhilfe verlangte, weil die Bauern sonst in das socialdemokratische Lager getrieben würden. Mit welchen Waffen die Herren kämpfen, ergiebt sich aus der Behauptung des Grafen Kanitz, das größere Anwachsen der Schulden des städtischen Grundbesitzes beweise, daß der Werth des ländlichen Grund und Bodens immmer mehr sinke, weil — eben auf diesen kein Geld mehr aufgenommen werden könnte! Also: steigt die Verschuldung, so ist es ein Beweis der Noth; steigt sie nicht, so ist die Verarmung erst recht eclatant. Schließlich machte der Herr Graf auch noch eine Anleihe bei der Socialdemokratie, indem er behauptete, aus den Steuerlisten sei die Abnahme des Procentsatzes der Censiten des bürgerlichen Mittelstandes und das Anwachsen der großen Vermögen ersichtlich. Da der Etat der directen Steuern auf der Tagesordnung stand, so mußte der Herr Finanzminister antworten und er unterzog sich der ihm offenbar antipathischen Aufgabe, indem er die absolute Grundlosigkeit der Kanitzschen Behauptungen nachwies, aber von Zeit zu Zeit eine Bemerkung einschob, die seine Uebereinstimmung bald mit dieser, bald mit jener Behauptung des Grafen constatirte. Gäbe es im Abgeordnetenhause Socialdemokraten und hätte etwa Herr Bebel die Rede des Grafen Kanitz gehalten, so würde das finanzministerielle Echo natürlich ganz anders geklungen haben!

Die Schlußsätze der Miquel'schen Rede gehen freilich nicht nur die Agrarier an, sondern sämmtliche gegenwärtige und künftige Steuerzahler. Die Steuererträge, wie sie sich aus der Statistik ergeben, sind, so schloß Herr Miquel, weit geringer als das wirkliche Einkommen und der wirkliche Besitz; aber, fügte er später hinzu, die Erfahrung der Behörden in der richtigeren Einschätzung wächst immer und mit der Zeit werden wir das wirkliche Einkommen auch wirklich versteuern. Das ist „wirklich“ tröstlich. Und da Herr Miquel ein praktischer Mann ist, so wird er die Statistik über die Verschuldung auch auf die Personen ausdehnen, welche, da sie nur Einkommen unter 900 Mk. oder ein Vermögen unter 6000 Mk. haben, weder der Einkommen- noch der Vermögenssteuer unterliegen, und von diesen Erhebungen hofft der Herr Finanzminister, daß sie auch die Nothwendigkeit der allgemeinen Einführung des Anerbenrechts ad oculos demonstriren würden. Das wird manchen Kreisen ein ganz besonderes Vergnügen bereiten.

Nachlese im Reichstage.

Der zweite Tag der Berathung des Etats des Auswärtigen Amts hat nur eine sehr trockene Nachlese nach der vorgestrigen Debatte im Angesicht des Auslandes geliefert. Die griechische Schuldfrage, ein seltsamer Artikel der „Deutschen Tagesztg.“, über eine russische Ausfuhrprämie für Hopfen, Klagen über den Grenzverkehr mit Rußland, die Dienstpflicht der Lehrer und endlich die Abwesenheit des deutschen Botschafters in Wien während der Ermordung Stambulows, auf die einzugehen der Staatssecretär des Auswärtigen sich selbstverständlich weigerte — das ist das ganze Register. Das Interessanteste war, daß die Herren vom „Altdeutschen Verein“, die im vorigen Jahre über die angeblich zu mattherzige Vertretung der deutschen Interessen im Auslande Klagelieder anstimmten, inzwischen verstummt sind. Somit wurde das Ideal jedes auswärtigen Ministers — eine langweilige Etatsdebatte — dieses Mal verwirklicht. Nicht viel besser begann die Berathung des Militäretats. Herr Bebel trug wieder einmal die Lesefrüchte des letzten Jahres — dieses Mal, wie er sagte, „mit Widerstreben“ — vor und der Kriegsminister antwortete in gleicher Weise, indem er die einzelnen Nummern, die sich auf dem Repertoire Bebels befanden, so gut und so schlecht, als es gerade anging, auch seinerseits behandelte. Da u. a. auch von dem Duell die Rede war — der Hinweis des Kriegsministers auf Lassalles Vorbild war ein guter Einfall, aber keine Widerlegung Bebels —, so mußte natürlich auch Herr Pastor Schall auf den Plan, der die Theilnahme der Soldaten an den Versammlungen der christlichen Jünglingsvereine noch aus anderen Gründen, als dem vom Kriegsminister angeführten, des „guten Thees“ wegen lobenswerth fand.

Die Taufe des Prinzen Boris.

Schon früh Morgens waren gestern die Straßen in Sofia von einer großen Volksmenge in allen möglichen Trachten angefüllt. Die Truppen holten mit Musik die Fahnen aus dem Palais des Fürsten ab und nahmen in den Straßen vom Palais bis zur Kirche Aufstellung. Um 10 Uhr begann die Anfahrt zur Kirche. Der russische Generalmajor Graf Golenitschew-Kutusow und der russische diplomatische Agent v. Tscharikow fuhren im vierspännigen Galawagen an; ihnen folgten bald in einem gleichen Wagen die türkischen Würdenträger. Mit großer Escorte von Leibgardereitern traf Fürst Ferdinand kurz vor 11 Uhr ein; sobald er ausgestiegen war, wurden Wagen und Escorte nach dem Palais zurückgeschickt, um den Prinzen Boris abzuholen, welcher alsbald unter dem Jubel der Menge bei der Kirche eintraf. Kurz vor 12 Uhr war die Ceremonie beendet und Prinz Boris wurde unter Kanonendonner und erneutem Jubel der Menge nach dem Palais zurückgebracht. Fürst Ferdinand verließ erst einige Zeit später mit den hohen Würdenträgern die Kirche und schritt in Begleitung der russischen und türkischen Vertretung die Front der vor der Kirche aufgestellten Truppen ab.

Auch während des ganzen Nachmittags zogen Volkshaufen vom Palais des Fürsten zum Hause des russischen diplomatischen Agenten und von dort nach der Wohnung des Ministerpräsidenten Stoilow, wo sie überall unter Hurrahrufen begeisterte Huldigungen darbrachten. Fürst Ferdinand, der russische und der türkische Vertreter fuhren, von Leibgardereitern escortirt, gestern bei den Mitgliedern des diplomatischen Corps vor und statteten denselben Besuche ab. Abends fand eine glänzende Illumination statt, deren Mittelpunkt ein großartiges Feuerwerk vor dem Schlosse bildete.

London, 15. Februar. Wie der „Times“ unter dem 10. d. M. aus Odessa gemeldet wird, wurden die **bulgarischen Offiziere** und die übrigen politischen Persönlichkeiten, welche nach Odessa und den anderen Theilen Süd-Rußlands **geflüchtet** waren, benachrichtigt, daß gleich nach dem Uebertritt des Prinzen Boris ihre **Begnadigung** erfolgen werde.

*

Berlin, 15. Februar. Wie das „Berl. Tageblatt“ von bestunterrichteter Seite erfahren haben will, stand die Unterredung, welche der Reichskanzler Fürst Hohenlohe mit dem österreichisch-ungarischen und dem italienischen Botschafter hatte, mit der Frage der Anerkennung des Fürsten von Bulgarien im Zusammenhang. Seitens der deutschen Regierung ist die Zustimmung zur Anerkennung des Fürsten der türkischen Regierung bereits übermittelt worden.

*

Petersburg, 15. Febr. Unter Bezugnahme auf die **Taufe des Prinzen Boris** in Sofia sagt die „**Nowoje Wremja**“:

Die Anerkennung des Fürsten Ferdinand durch die Mächte scheine schnell vor sich zu gehen, es erübrige nur noch die Zustimmung Englands. Aber auch England werde die gegenwärtige versöhnliche Stimmung Rußlands gegenüber Bulgarien kaum durchkreuzen. Alles Weitere werde, wie das Blatt hinzufügt, von der Handlungsweise des Regenten von Bulgarien und seiner Rathgeber abhängen.

Die „**Nowosti**“ schreibt:

Sie sei überzeugt, daß seitens der russischen Regierung kein Schritt gethan werde, der zu der Annahme berechtige, daß man in Rußland in Bezug auf Bulgarien etwas plane, was über die loyalen Wünsche und den durch die großen russischen Opfer verdienten Einfluß hinausginge. Die Pflich des bulgarischen Ministers Stoilow und seiner Amtsgenossen sei es, den falschen Deutungen vorzubeugen, welche in österreichisch-ungarischen und vielleicht auch in italienischen Blättern auftauchen würden. Das Blatt meint, ein etwaiger Uebertritt des Fürsten Ferdinand zum orthodoxen Glauben wäre vollkommen gerechtfertigt, um so mehr, als die römische Curie eine ziemlich feindliche Stellung gegenüber dem Fürsten eingenommen habe.

Die „**Wjedomosti**“ erklären:

Sie warnen davor, anderen Mächten dasjenige als Erbe zufallen zu lassen, was historisch zu Rußlands Vortheil herangereift sei, und schließen, die Epoche der Begeisterung für die Balkanangelegenheiten sei in Rußland unwiderruflich vorüber; wichtigere und größere Aufgaben ständen auf dem Programm der auswärtigen Politik des russischen Volkes.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Febr. Die **Commission des Reichstags** zur Berathung des Gesetzentwurfs gegen den **unlauteren Wettbewerb** beendete heute die zweite Lesung der Vorlage. Die Paragraphen 8 bis 11 wurden mit verschiedenen Abänderungen, die Paragraphen 12 bis 17 nach der Regierungsvorlage und schließlich das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Berlin, 15. Febr. Eine von etwa 200 **Damenmäntel-Schneidermeistern**, sogenannten Zwischenmeistern, besuchte Versammlung beschloß gestern Abend, in den sofortigen **Generalstreik** einzutreten, bis sich ihre Unternehmungscommission über die Erhöhung der Löhne bzw. Preistarife geeinigt hätten.

Vier stark besuchte Versammlungen von **Confectionsarbeiterinnen und Näherinnen** beschlossen, bis zur vollständigen Bewilligung der Forderungen in **Ausstand** zu verbleiben. Procentuale Lohnerhöhungen und momentane Erhöhungen der Tarife seien abzulehnen. Am Sonntag werden weitere Versammlungen stattfinden.

Eine Versammlung von 1800 **Schneidermeistern** hat einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen bis eine Einigung zwischen den Schneidermeistern und Confectionären erfolgt ist.

Eine Anzahl **Zwischenmeister** des **Confectionsgewerbes** hat heute wegen Arbeitermangels bis auf weiteres die Werkstätten geschlossen.

* **Berlin, 14. Febr.** Wenn **Prinz Heinrich** im April nach Kiel kommt, wird er zunächst das kürzlich von ihm erworbene Gut **Hemmelmark** besuchen, wo im Sommer große bauliche Erweiterungen und Verschönerungen vorgenommen werden sollen. Im Mai veranstaltet der Prinz mehrtägige Jagden auf Reh- und Dammwild in den wildreichen Waldungen des Gutes. Der Ankauf von Hemmelmark soll auch ein Wunsch der Prinzessin Heinrich gewesen sein, die einen Theil des Sommers in stiller, landschaftlich schöner Gegend zu verbringen gedenkt. Bemerkenswerth ist, daß Kaiser Wilhelm und Prinz Heinrich fast gleichzeitig holsteinischer Bürger beziehungsweise schleswigscher Gutsbesitzer geworden sind. Der **Kaiser** hat nämlich die schöne Villa des Baurathes Heydorn in Plön angekauft und gerichtlich auf seinen Namen eintragen lassen.

— Der geplante **Generalstreik der Tischler** Berlins und Umgegend **ist auf gütlichem Wege beigelegt** worden.

* **Ueber den Austritt Stöckers** äußert sich der bekannte conservative Publizist Dietrich **von Oertzen** in einer im „Volk" veröffentlichten Erklärung, worin es heißt:

„Nachdem ich fast fünfundzwanzig Jahre lang der conservativen Presse in verschiedenen Organen gedient, bin ich jetzt im Begriff, in einen anderen Beruf überzutreten, der ganz abseits von der Politik liegt.

Aber die Ausstoßung Stöckers aus der conservativen Partei drückt mir noch einmal die Feder in die Hand zu der Erklärung, daß ich zwar nicht aus der Partei ausscheide, wie so viele andere, daß ich aber im schärfsten Gegensatz zur gegenwärtigen Parteileitung stehe und stehen werde, so lange von dieser aus einerseits Reactionspolitik gegen die Socialreform und andererseits einseitig agrarische Interessenpolitik mit mittelparteilicher Tendenz getrieben wird. Ich halte das Verfahren gegen Stöcker formell und materiell für ein ungerechtes. Der Eindruck des Verfahrens ist der, daß Stöcker verurtheilt war, ehe seine Richter ihm das Urtheil gesprochen. Man stieß ihn aus, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil man ihn ausstoßen wollte."

* **Frhr. v. Hammerstein** dürfte bereits im März vor die Geschworenen gestellt werden. Er wird jetzt fast an jedem Tage von dem Untersuchungsrichter vernommen und soll in den hauptsächlichsten Punkten geständig sein. Seine Behandlung im Untersuchungsgefängniß weicht in keiner Weise von derjenigen ab, die anderen Gefangenen zu Theil wird. Bei seiner Einlieferung verfügte er über die Mittel, um von seinem Recht der Selbstbeköstigung, für die bis 2 Mark täglich ausgegeben werden dürfen, Gebrauch zu machen.

— **Frhr. v. Hammerstein** scheint von seinen bisherigen Freunden ganz im Stich gelassen zu werden. Seine eigenen Mittel sind erschöpft und Einzahlungen sind bis jetzt nicht für ihn gemacht worden, so daß er auf die Gefängnißkost angewiesen ist.

* **Die Wahl in Tilsit-Niederung.** Wie gestern bereits von uns berichtet, hat die Wahlprüfungscommission des Reichstages am Mittwoch Abend die Wahl des freisinnigen Abg. **v. Reibnitz** für Tilsit-Niederung mit 7 gegen 2 conservative Stimmen für giltig erklärt. Nach Maßgabe der Abstimmung unterliegt die Giltigkeitserklärung im Plenum keinem Zweifel. Herr v. Reibnitz hatte nur eine Mehrheit von drei Stimmen. Dieselben waren hinfällig geworden, als die Landräthe sich beeilten nachzuweisen, daß sich unter den Wählern einige Russen und Arme befunden haben. Aber der Gegenprotest von freisinniger Seite hatte die stärksten Wahlbeeinflussungen von conservativer Seite dargethan, und es war durch die Beweiserhebung bestätigt worden, daß in einer Landgemeinde der Gemeindevorsteher von Amtswegen in drastischer Weise für die Wahl des Conservativen durch Currende aufgefordert hat. In einem anderen Bezirk hat ein Lehrer an die Schulkinder conservative Stimmzettel in der Schule vertheilt. Diese Vorgänge hatten die Ungiltigkeitserklärung der conservativen Stimmen in den betreffenden Bezirken zur Folge. Demgemäß erhielt nach der Rechnung der Commission Herr v. Reibnitz eine größere Mehrheit als mit welcher er proclamirt worden war.

* **Deutsche Offiziere in China.** Aus Nanking, wo sich im Dienste des Vicekönigs derzeit eine Anzahl vormaliger deutscher Offiziere und Unteroffiziere als Militär-Instructeure befinden, kommen der „Ostas. Corr." neuerdings wenig erbauliche Nachrichten über das Verhältniß dieser Herren untereinander zu. Von englischen Zeitungen war schon vor einigen Monaten die Entlassung zweier dieser Offiziere aus dem Dienste des Vicekönigs zum Anlaß genommen worden, um die Nachricht in die Welt zu setzen, alle deutschen Instructeure seien entlassen worden. In solcher Aufbauschung und tendenziöser Ausbeutung einzelner Vorkommnisse giebt sich das Bestreben der Engländer kund, das deutsche Element in China, wo es gegenüber dem englischen an Terrain gewinnt, zu discreditiren. Wie wenig Aussichten nun dafür auch die gegenwärtigen Verhältnisse und Auffassungen über die englische Politik in China den Engländern bieten, so erscheint es im Interesse der Deutschen in China selbst doch sehr angebracht, darüber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß man in Deutschland Mißstände auch rückhaltlos mißbilligt, wo sich solche durch das Verhalten Deutscher im chinesischen Staatsdienste ergeben. Wie bereits früher „Briefe eines Berliners aus China" betonten, ist der Sitz des Uebels bei diesen deutschen Instructeuren in dem übermäßigen Hervorkehren der Standes- und Rangunterschiede seitens einiger früherer Offiziere gegenüber früheren Unteroffizieren zu suchen. Darauf komm der deutsche Gewährsmann in Nanking wieder zu sprechen, indem er ausführt:

„Zwischen ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren giebt es hier kein Vorgesetzten- und kein Untergebenen-Verhältniß! Beide sind von der chinesischen Regierung lediglich als Instructeure hierher engagirt, und ist dies beim Engagement noch besonders betont worden. Gleichwohl versuchen die ehemaligen Offiziere, die sich vor dem Engagement ebenso wie die ehemaligen Unteroffiziere zumeist in bürgerlichen Berufsstellungen befanden, die ehemaligen Unteroffiziere als Untergebene zu behandeln und von diesen den Respect in gleichem Maße zu verlangen, als wenn sie sich im activen preußischen Heeresdienst befänden. Anstatt in der Ferne zusammenzuhalten und gemeinsam zu wirken, um dem Vaterlande und sich selbst Ehre zu verschaffen, sind in Folge dessen hier Streitigkeiten und Reibereien an der Tagesordnung. Den Chinesen, denen nicht nur ihre Truppen ausgebildet werden, sondern auch in allem anderen mit gutem Beispiele vorangegangen werden soll, wird dadurch ein Bild geboten, das sie keineswegs mit Achtung erfüllen wird . . . . Ich bemerke, daß nicht alle, sondern nur ein Theil der Offiziere die Schuld an diesen mißlichen Zuständen trifft. Allgemein ist die Ansicht vorherrschend, daß der Leiter des Ganzen, ein Major v. Reitzenstein, nicht der richtige Mann auf diesem Platze ist."

Karlsruhe, 14. Febr. Die **„Karlsruher Zeitung"** begründet den **Wahlrechtsantrag der nationalliberalen Kammerfraction**, welcher die Einführung eines directen Wahlrechts und einer besonderen Vertretung der Städte vorsieht, als die ersprießliche Grundlage eines zweckentsprechenden Ausbaues der Verfassung, welcher den Wünschen nach Einführung des directen Wahlverfahrens ohne Gefährdung wohlbegründeter Interessen gerecht werde. Die Stellung der großherzoglichen Regierung zu diesen Anträgen sei zwar nicht bekannt, man werde aber wohl zu der Annahme berechtigt sein, daß die Regierung auch heute noch auf der Grundlage ihrer Erklärung vom 17. Mai 1894 stehe, nach welcher die Sicherung einer eigenen Berücksichtigung der Interessen der Städte und Gemeinden als Vorbedingung der Einführung eines directen Wahlrechtverfahrens bezeichnet wurde.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. **Arton** ist ohne Zwischenfall hier angekommen. Bei seiner Ankunft in Calais wurde er von der Menge mit Pfeifen emfangen.

Belgien.

Brüssel, 15. Febr. Nach einer Depesche vom Congo ist die **Schaluppe** des Dampfers **„Esperance"** gegenüber von Boma **gesunken.** Drei Agenten des Congostaates haben dabei ihr Leben eingebüßt.

Japan.

Yokohama, 15. Febr. Abtheilungen britischer, amerikanischer und französischer **Marinesoldaten** wurden nach **Söul gesandt.** Der **König** ist noch in der russischen Gesandtschaft. Das neue Cabinet ist gebildet. Ein Decret ordnet die Hinrichtung mehrerer früherer Minister an. Die Vertreter der fremden Mächte sind zu einer Conferenz in der russischen Gesandtschaft zusammengetreten.

Das Beichtgeheimniß vor dem Reichsgericht.

Im November vorigen Jahres wurde von dem Schwurgericht in Mülhausen der frühere katholische Pfarrer Alphons Burtz aus Eggisheim, früher Pfarrer in Niedermagstatt, wegen Meineids unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Anklage, die sich gegen Burtz auf Meineid und Diebstahl gerichtet hatte, lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 16. Oktober 1893 war in Niedermagstatt, der damaligen Pfarrei des Angeklagten, der Ackerer F. Jos. Bilzer gestorben. Pfarrer Burtz, welcher den Verstorbenen während seiner Krankheit viel besucht hatte, hatte von demselben einen Zettel, der verschiedene Legate enthielt und im übrigen zu Gunsten der berechtigten Erben lautete. Unter den Legaten befand sich ein Vermächtniß von 10 000 Mk. an die Kirche zu Niedermagstatt. Seitens eines Erben wurde beim Gericht Anzeige erstattet, daß in dem Nachlaß drei Suez-Obligationen im Werthe von 1250 Frcs. fehlten. Bei seiner eidlichen Vernehmung vor dem Amtsrichter von Firenz erklärte Burtz: „er wisse nichts". Die weiteren Nachforschungen der Behörden ergaben, daß B. im Frühjahre 1894 die fehlenden Obligationen nach Paris geschickt und dort zum Verkauf gebracht habe. Die Staatsanwaltschaft nahm an, daß Burtz sich die Werthpapiere widerrechtlich angeeignet und den Eid wissentlich falsch geschworen habe. Der Angeklagte führte in der Verhandlung zu seiner Vertheidigung an, daß er die Obligationen vom Erblasser erhalten habe zu einem Zwecke, den er des Beichtgeheimnisses wegen nicht näher bezeichnen dürfe. Die vom Gericht vernommenen Sachverständigen, unter ihnen der bischöfliche Secretär Joder, bekundeten, daß der Angeklagte nach den kirchlichen Vorschriften verpflichtet gewesen sei, zu sagen, er wisse nichts. Als Mensch habe er ja auch nichts gewußt. Den Geschworenen wurden drei Fragen gestellt: 1. ob der Angeklagte des Diebstahls der Werthpapiere schuldig sei, 2. ob er einen Meineid geleistet habe, indem er vor dem zuständigen Amtsrichter den Besitz der Papiere leugnete, und 3. (als Unterfrage zu 2), ob er sich durch Angabe der Wahrheit einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt hätte. Die Geschworenen verneinten die beiden Hauptfragen, während sie die Nebenfrage betreffs mildernder Umstände bejahten. Da das Gericht annahm, daß hier ein Irrthum vorliege, wurden die Geschworenen nochmals zurückgeschickt, und nunmehr lautete ihr Wahrspruch auf schuldig des Meineids unter Zubilligung mildernder Umstände, so daß B. zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Der Angeklagte hatte gegen das Urtheil Revision eingelegt und war gegen eine Caution von 10 000 Mk. aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Verhandlung vor dem Reichsgericht fand am Donnerstag statt. Dasselbe erkannte, daß das Urtheil des Schwurgerichts in Mülhausen aufzuheben und **der Angeklagte, Pfarrer Burtz, freizusprechen sei.** Der erste Wahrspruch der Geschworenen sei maßgebend gewesen, da ein Widerspruch in der Verneinung der zweiten und der Bejahung der dritten Frage nicht vorliege. Die Bejahung der Hilfsfrage sei möglich, auch wenn die Hauptfrage verneint sei. **Es war kein Anlaß zur Einleitung eines sachlichen Berichtigungsverfahrens gegeben gewesen.**

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. Februar.

Wetteraussichten für Sonntag, 16. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Milde, wolkig, windig, vielfach Sonnenschein. Strichweise Niederschlag.

* * *

* **Arbeitsnachweis.** Auf eine Einladung des Herrn Bürgermeisters Trampe hatten sich gestern Abend im weißen Saale des Rathhauses eine Anzahl von Industriellen und größeren Arbeitgebern, sowie die Leiter der militärischen Betriebsanstalten versammelt, um über die Regelung des Arbeitsnachweises in unserer Stadt zu berathen. Herr Bürgermeister Trampe führte aus, daß die Nothwendigkeit der Einrichtung von Arbeitsnachweisestellen allgemein anerkannt sei. Vor allen Dingen sei die communale Verwaltung als Trägerin der Armenpflege bei dieser Sache interessirt, denn wenn dem Arbeiter keine Arbeit nachgewiesen werden könne, falle er der Armenpflege anheim. Arbeitsnachweisestellen seien bis jetzt theils von Vereinen, wie in Posen, theils von der städtischen Verwaltung, wie in Frankfurt a./M., eingerichtet worden und in beiden Formen sei Gutes geleistet worden. Sowohl in Posen als auch in Frankfurt seien auch Vertrauensmänner der Arbeitnehmer in dem geschäftsführenden Ausschusse vertreten, in Frankfurt seien die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus den Beisitzern des Gewerbegerichts gewählt worden. Die Nachweisestellen hätten aber auch dafür zu sorgen, daß Arbeit vorhanden sei, daß z. B. nicht größere Arbeitgeber ihre Arbeit alle zu derselben Zeit zusammendrängten, sie müßten ferner Meldungen von beabsichtigten größeren Arbeiterentlassungen entgegen nehmen, damit plötzliche Schwankungen auf dem Arbeitsmarkte möglichst vermieden würden. Dieser Theil der Thätigkeit der Arbeitsnachweisestelle sei allerdings sehr schwierig. Herr Bürgermeister Trampe machte nun für die Organisation des Arbeitsnachweises Vorschläge, die in nachstehender Resolution niedergelegt sind:

1. Es ist wünschenswerth, daß die bei den hiesigen Innungen und Gewerken bestehenden Arbeitsnachweisestellen weiterbestehen und nach Möglichkeit verbessert werden.

2. Es wird anerkannt, daß die in unserer Stadt vorhandene Arbeitsvermittelungsstelle der Abegg-Stiftung den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr entspricht und deshalb verbessert werden muß.

Zur Beaufsichtigung resp. zur Controle des gesammten Arbeitsnachweises in unserer Stadt und namentlich auch zur Regelung des Arbeitsmarktes empfiehlt es sich, einen Vertrauensmänner-Ausschuß zu etabliren, welcher besteht aus: 1. einem Vorstandsmitgliede der Abeggstiftung, 2. einem Vorstandsmitgliede des Innungsausschusses, 3. einem Mitgliede des Magistrats-Collegii, 4. drei Vertrauensmännern aus dem Stande der Arbeitgeber, 5. drei Vertrauensmännern aus dem Stande der Arbeitnehmer. Die Mitglieder ad 4 ernennt der Magistrat auf Grund einer vom hiesigen Innungsausschuß und dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft vorzulegenden Vorschlagsliste, die ad 5 auf Grund einer Vorschlagsliste, welche die Vorsitzenden der hiesigen Krankenkassen in gemeinsamer Berathung aufgestellt haben, für die Dauer von 3 Jahren.

Falls sich für die Stadt Danzig oder für einen großen Bezirk der Provinz Westpreußen ein Verein bildet, welcher die Förderung der Arbeitsvermittelung sich zur Aufgabe stellt, so ist derselbe befugt, zwei Mitglieder in den Vertrauensmännerausschuß zu deputiren.

An die Vorschläge des Herrn Bürgermeisters knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher zunächst die Innungen erklärten, daß sie ihren Arbeitsnachweis behalten wollten. Wenn derselbe in einigen Innungen noch nicht allen Anforderungen entspreche, so werde sich das ändern, sobald die Organisation des Handwerks durchgeführt sei. Die übrigen Anwesenden sprachen sich sympathisch für die Vorschläge aus, doch erklärten die meisten, sie könnten sich nicht soweit binden, daß sie sich verpflichteten, ihre Arbeiter einzig und allein von der Nachweisestelle zu beziehen. Herr Geheimrath Gibsone erklärte, daß die Abeggstiftung gern die Erweiterung ihrer Nachweisestelle vornehmen werde, rieth aber langsam und vorsichtig vorzugehen und nicht mit einem kostbaren Apparat zu beginnen. Nur wenn sich die Arbeitgeber lebhaft für die Sache interessirten, könne aus der Nachweisestelle etwas werden. Herr Davidsohn sprach sich für die Anstellung von tüchtigen praktischen Inspectoren aus, die sich mit den Arbeitsstellen und Fabriken in Verbindung setzen müßten. Herr Regierungs- und Gewerberath Trilling regte die Gründung eines Vereins für Arbeitsnachweis an. Schließlich wurde die oben mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen.

* * *

* **Stadttheater.** Der heitere Fastnachtsabend in unserem Stadttheater wird in diesem Jahre dem ältesten Vertreter des erheiternden Elements an unserer Schaubühne, Herrn Ernst Arndt gewidmet sein, dessen Ehrenabend die Direction auf nächsten Dienstag anberaumt hat. Dieser frohlustige Künstler bedarf für sein Benefiz einer Empfehlung bei den Danziger Theaterbesuchern längst nicht mehr, die Lachlustigen wissen ihren Arndt auch ohnedies zu finden. Es erübrigt also nur noch kurz auf das Programm des Abends hinzuweisen. Der Benefiziant bringt zuerst das jetzt in Berlin am Hoftheater und Schillertheater viel gegebene Fastnachtsspiel von Goldani „Ein Diener zweier Herren", in welchem er den Truffaldino spielt. Der kleine Einacter ist seit Jahren auch Repertoir-Stück der Wiener Hofburg. Als zweites Stück kommt die Posse „Auf eigenen Füßen", die wohl noch in lachfreudigem Andenken steht, ist sie doch eine der besten alten Possen, zur Aufführung. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Kirschner, Arndt und Lindikoff und der Damen Hagedorn und Fanny Wagner.

* * *

* **Baugefahr.** Nachdem das ca. 40 Meter lange neu aufgeführte Seitengebäude Weidengasse Nr. 29 kaum fertig gestellt, gerieth dasselbe plötzlich in's Schwanken. Es sind deshalb in letzter Zeit von den hiesigen Polizei-Baubeamten, nachdem schon vorher Monirungen bei diesem Bau von Seiten der Polizei stattgefunden, Messungen vorgenommen und es wurde dabei festgestellt, daß das Gebäude jetzt bereits über 1/2 Meter nach der Nachbarseite überneigt. Polizeilicherseits ist nunmehr die Absteifung des Gebäudes angeordnet und es wird demnächst niedergelegt werden. Der Grund dieses Uebelstandes ist wohl in der ungenügenden Fundirung des Gebäudes zu suchen.

* * *

* **Kaufmannschaft.** Nach dem soeben erschienenen Personalverzeichniß der hiesigen Kaufmannschaft pro 1896 zählt die Corporation 334 Mitglieder. Als Organe der Corporation fungiren das Vorsteheramt mit 15 Mitgliedern und dem Secretariat, 9 Commissariate, 7 Fachcommissionen und 24 Sachverständige zur Entscheidung von Qualitätsdifferenzen, 1 Börsenmakler und eine große Zahl gerichtlich vereidigter Sachverständiger, Dolmetscher 2c.

* * *

* **Fürstliche Geschenke.** Für den **Bazar zum Besten der „Grauen Schwestern"** in Danzig, welcher morgen Vormittag im Franziskanerkloster eröffnet wird, sind wiederum kostbare Geschenke von der Kaiserin und der Königin von Sachsen gespendet worden. Die Kaiserin hat Amoretten und Dessertteller aus der berühmten Berliner Porzellanmanufactur geschickt, die Königin Carola von Sachsen hat außer einem Poesie-Album und kleineren Handarbeiten ein prächtiges Kissen von hervorragend geschmackvoller und gediegener Arbeit überwiesen. Mit dem Aufbau der übrigen Geschenke, die wie in früheren Jahren recht zahlreich eingegangen sind, wird im Laufe des Nachmittags begonnen werden.

* * *

* **Petitionen.** Das dritte Verzeichniß der beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen enthält u. a. die folgenden: Plath und Gen., Bürger in Elbing, beantragen Befreiung von Deichabgaben. — Die Haus- und Grundbesitzervereine zu Danzig, Zeitz und Sagan bitten um eine dem Communalabgabengesetze entsprechende gerechte Vertheilung der Steuerlasten in der Gemeinde. — Barkner, für den Landwirthschaftlichen Verein in Gr. Zünder, beantragt, die Beträge, welche nöthig sind, um die neuerdings angeordnete Erhöhung des Gehalts der Volksschullehrer im Kreise Danziger Niederung durchzuführen, auf Staatsfonds zu übernehmen. — Hecker in Emaus und Gen., Lehrer in den Kreisen Danzig, beantragen, das Lehrerbesoldungsgesetz so zu fassen, daß auch die ersten Lehrer drei- und mehrklassiger Schulen als Hauptlehrer mitzuzählen sind. — Stiewe, Lehrer in Kommerau, beantragt, das baare Grundgehalt der Volksschullehrer auf mindestens 1000 Mk. festzusetzen.

* * *

* **Bau der elektrischen Straßenbahn.** Die Arbeiten zur Fertigstellung der elektrischen Straßenbahn schreiten trotz des ungünstigen Wetters rüstig vorwärts. In letzter Zeit ist die Aufstellung der die oberirdische Leitung tragenden Ständer in Langfuhr begonnen, bezw. auf dem dortigen Marktplatze bereits vollendet. Ferner werden zur Zeit an den Ständern in der großen Allee die Isolatoren angebracht. Die Zeit der Aufnahme des elektrischen Betriebes ist zwar noch nicht definitiv festgestellt, jedoch ist die Inbetriebnahme im Laufe des Frühjahrs oder spätestens des Sommers bestimmt zu erwarten.

* * *

* **Zur Wallniederlegung.** Unter Leitung des Herrn Bürgermeisters Trampe fand heute Vormittag durch die städtische Entfestigungs-Commission eine Inaugenscheinnahme des abzutragenden Wallterrains und eine Besichtigung des Fortschrittes der Arbeiten statt. Nach einer Berathung in dem in der alten Wache am Jakobsthor befindlichen Baubureau wurden zunächst die Arbeiten bei Bastion Jacob besichtigt und besonders die Ueberschüttung des dort befindlichen Kanalisations-Dükers eingehend geprüft. Man beobachtete dann den Maschinenbetrieb des Maschinenschachtes zwischen Bastion Heil. Leichnam und Bastion Elisabeth, der schon recht merkliche Fortschritte genommen hat. An der Riedwand fand eine längere Besprechung über die Ueberbrückung derselben statt. Ferner kamen die Lage der Grundstücke am Kohlenmarkt zur Sprache, die bekanntlich viel höher als das neue Terrain liegen; man beschloß eine ordentliche Böschung für dieselben zu erhalten, damit diese Grundstücke durch die Bodenabtragung nicht zu leiden haben. Auf der Südfront werden erst in 4 bis 6 Wochen die Betriebsarbeiten in größerem Umfange wieder fortgesetzt werden können.

* * *

* **Schlacht- und Viehhof.** In der vergangenen Woche wurden geschlachtet: 44 Bullen, 51 Ochsen, 75 Kühe, 194 Kälber, 244 Schafe, 6 Ziegen, 992 Schweine und 11 Pferde. Zur Untersuchung wurden von auswärts eingeliefert: 68 Rinderviertel, 79 Kälber, 10 Schafe, 1 Ziege, 5 Schafe und 243 Schweinehälften.

* * *

D. **Von der Westerplatte.** Unsere schöne Westerplatte rückt immer mehr der Gefahr näher, von den Wellen der See überspült zu werden. Hinter dem Damenbade, wo schon starke Steindämme zum Schutze gegen die Brandung aufgefahren sind, ist die Düne auf einigen Stellen ganz fortgespült, auf anderen ist sie so schmal geworden, daß man kaum noch darauf gehen kann. Viele Bäume sind wieder mit hinabgestürzt und bilden ein widerstandsloses Spielzeug der aufgeregten Wellen, die in dampfendem Gischt an den Steinen zerstäuben. Der eingetretene Frost überzieht alles sofort mit einer erstarrenden Eiskruste und schafft so die wunderlichsten Gebilde. Besonders schön nahm sich nach dieser Seite hin der Kaisersteg aus. Wie mit Riesenmoos bewachsen erschienen die Pfähle und Balken und meterlange Eisbärte zierten die Geländer und Treppen. Das Damenbad verliert immer mehr an festem Terrain und mit Besorgniß sieht man an diesem Platze der Zukunft entgegen. Der ganze Strand vom Kaisersteg bis zu den Molen ist ein See, der mit den heranrollenden Wogen wächst und fällt. Die Molen selbst sind nicht passirbar. Jeder Wellenkamm geht über dieselben hinweg. In solchen Fällen ist der einsame Leuchtfeuerwärter in seinen vier öden Steinwänden oft Tage lang ganz von der Welt abgeschlossen. Ein eiserner Bestand an Nahrungsmitteln ist für solche Zeiten vorgesehen.

* * *

* **Von der Weichsel.** Das polnische Eis ist nun auf der unteren Weichsel angelangt. Seit gestern Abend herrscht auch in der Danziger Weichsel lebhafter Eisgang. Derselbe verläuft bis jetzt normal. Aus **Chwalowice** wird heute 3.28, aus **Warschau** 2.62 Meter Wasserstand (an beiden Stationen fallend) gemeldet. Bei **Thorn** erreichte heute Nachts das Wasser seinen höchsten Stand mit 3.50 Meter; seit heute früh fällt es auch dort langsam. Mittags 3.38 Meter. Der Eisgang geht unverändert dichtgedrängt über die ganze Strombreite. — Bei **Culm** ist **wegen Eisgangs der Traject vollständig unterbrochen.**

Im Nogatstrome herrscht auch lebhaftes Eistreiben. Wasserstand bei Marienburg 2.70 Meter. In der Mündung liegt das Eis noch fest, da bei Schadwalde eine mehrere Kilometer lange Eisversetzung vorhanden ist.

* * *

* **Absturz.** Auf der neugeschütteten Strecke zwischen Petershagenerthor und Schwarzes Meer sind heute Nachmittag 10 beladene Güterwagen herabgestürzt. Menschen wurden nicht beschädigt.

* * *

* **Unglücksfälle.** Ein schwerer Unfall hat sich gestern Abend in der Kalkbrennerei und Dachpappenfabrik der Firma Haurwitz u. Co. zu Schellmühl ereignet. Daselbst hatte während der vergangenen Nacht der Arbeiter Kruck die Brennöfen zu beaufsichtigen. Um etwa 9 Uhr hörte der Fabrikwächter plötzlich einen Schmerzensschrei, er eilte der Stelle zu und fand den Kruck unweit des Brennofens am Kohlenhaufen, am **ganzen Körper brennend** stehen. Er eilte sofort zum Fabrik-Inspector, dieser kam gleich hinzu, begoß den Kruck mit Wasser und veranlaßte nach Erstickung der Flammen die sofortige Ueberführung nach dem Lazareth in der Sandgrube, woselbst K. heute Vormittag seinen am ganzen Körper erlittenen schweren Brandwunden bereits erlegen ist. Ueber die Entstehung des Brandes hat der Verunglückte keinen Aufschluß mehr geben können. Er hinterläßt eine Frau mit drei kleinen **Kindern.**

Der Arbeiter Peperkok, welcher gestern von der Eisenbahn überfahren wurde, ist bereits gestern Abend 9½ Uhr ebenfalls verstorben. Derselbe hatte außer Zermalmung des linken Fußes einen Armbruch und eine schwere Schädelverletzung erlitten. Er hinterläßt eine Frau mit 4 Kindern. Der Unglücksfall hat sich, wie Augenzeugen berichten, folgendermaßen zugetragen: Der von Kies entladene Arbeitszug hatte sich nach dem Hohethor-Bahnhof zu in Bewegung gesetzt, der Arbeiter Peperkok befand sich unter der Sandgrube-Brücke und war im Begriff, seinen auf der anderen Strecke liegenden Spaten aufzuheben, als auf derselben Strecke der Personenzug herangefahren kam und P. von demselben erfaßt wurde.

* * *

* **Begräbniß.** Unter großer Betheiligung fand heute Nachmittag vom Trauerhause auf dem Langenmarkt aus die Beerdigung des so unerwartet aus dem Leben geschiedenen kaiserl. Schiffsbaudirectors, Oberbaurath van Hüllen statt. Nach einer im engsten Familienkreise im Beisein der Collegen des Verstorbenen durch Herrn Militär-Oberpfarrer Witting abgehaltenen Trauerandacht wurde der stattliche, mit zahllosen Blumenspenden reich geschmückte Sarg auf den mit vier Artillerie-Pferden bespannten Garnison-Leichenwagen gehoben, worauf sich der Leichenconduct durch die Langgasse, den Kohlen-, Holzmarkt, die Schmiedegasse und Pfefferstadt durch das Jacobsthor nach dem St. Katharinen-Kirchhofe an der halben Allee bewegte. Dem Sarge voran schritt eine Abtheilung der Schiffszimmergesellenbrüderschaft der kaiserl. Werft und eine solche der Gewerkvereine mit ihren Fahnen. Dem Leichenwagen folgten zunächst Herr Stadtcommandant Generallieutenant v. Treskow, die sämmtlichen Collegen des Verstorbenen, die hier garnisonirten Marine-Offiziere, viele Beamte der Werft in Uniform und etwa 1000 Arbeiter des Schiffsbauressorts.

* * *

* **Section.** Durch die Herren Sanitätsrath Dr. Semon und Kreisphysicus Dr. Schäfer wurde heute Vormittag die Section der Leiche des **Kellners Sachert** vorgenommen. Es wurde constatirt, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten sei. Geringe Verletzungen, die an der Leiche gefunden wurden, sind wohl auf Stöße durch Eisschollen zurückzuführen.

* * *

* **Feuer.** Gestern Abend wurde die Feuerwehr zweimal alarmirt; einmal mußte sie nach dem Hause Röpergasse Nr. 20 ausrücken, um einen in der Küche des Dachstuhls entstandenen geringfügigen Fußbodenbrand zu beseitigen; dann wurde sie nach dem 1. Damm Nr. 13 gerufen, ohne indessen in Thätigkeit treten zu dürfen, da sich blinder Lärm herausstellte.

* * *

D. **Havarie im Hafen.** Gestern Abend kam bei schon beginnender Dunkelheit die norwegische Bark „Souvenir" unterhalb Hela in Sicht. Dieselbe, nach Libau mit Blauholz bestimmt, kam für Nothhafen ein. Da der Wind passend war, ging die Einfahrt verhältnißmäßig ganz gut von statten. Beim Festmachen rannte sie jedoch den zum Ausgehen bereit liegenden Dampfer „Stadt Lübeck" mit solcher Stärke an, daß diesem ein Theil der Reeling eingedrückt und die Wanten und Takelung vom Vordermast heruntergerissen wurden. Das Segelschiff erlitt Beschädigungen am Klüverbaum.

Es sind im Laufe des gestrigen Tages mehrere größere Dampfer in unseren Hafen als Nothhafen eingekommen, ein Beweis dafür, daß draußen der Sturm noch nicht nachgelassen hat. Heute Vormittag sind nach der Bark „Souvenir" die aus Yucatan mit Blauholz nach Libau wollte, fünf Dampfer ausgegangen.

Gestern warf ein großer dänischer Dampfer auf der Rhede Anker und fragte in Pillau an, ob die Einfahrt offen sei. Auf die Antwort, daß das nicht der Fall sei, blieb der Dampfer noch bis heute Morgen auf der Rhede.

* * *

* **Fährverpachtung.** Bei der heute Vormittag erfolgten meistbietenden Verpachtung der Ueberfähre am Ganskruge blieb Meistbietender Herr Moranz aus Junkertroyl mit 920 Mk. pro Jahr und als Zweitmeistbietender Herr Rothenberg mit 910 Mk. pro Jahr. Die bisherige Jahrespacht betrug 1050 Mk.

* * *

* **Strafkammer.** Wegen wissentlich falscher Anschuldigung wurde heute gegen den Besitzer Albrecht Maikowski und den Gastwirth Theodor Senger aus Lindenhof verhandelt. Maikowski hatte von dem Gemeindevorsteher Sengstock im Juni v. J. Getreide, das noch auf dem Halm stand, gekauft, das jedoch später durch Witterungsumschlag verdarb. Maikowski zahlte an Sengstock 10 Mk. für das Getreide, später scheint ihm der Handel jedoch leid geworden zu sein, denn er ließ sich von einem Bekannten eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft fertigen, in der er den Sengstock der Unterschlagung der 10 Mk. beschuldigte. Er behauptete, daß er dem Sengstock 10 Mk. für fällige Gemeindesteuer gezahlt habe, diese habe er jedoch nicht auf die Steuer angerechnet, sondern in seinem persönlichen Nutzen verwendet. Diese Angabe erwies sich jedoch als aus der Luft gegriffen. Der Gerichtshof verurtheilte den bereits vorbestraften Angeklagten zu 1 Jahr Gefängniß und nahm ihn auch sofort in Haft. Dem mitangeklagten Senger war die Anstiftung zu der Denunciation zur Last gelegt, er konnte jedoch nachweisen, daß er an derselben gar nicht betheiligt war und wurde daher freigesprochen.

In der Nacht vom 11. zum 12. November v. J. ging der Arbeiter Kling die Straße am Rammbau entlang, als er von dem Arbeiter Paul Löffke angerempelt wurde. Als er sich das verbat, erhielt er von Löffke einen Messerstich in den Arm. Der Gerichtshof bestrafte diese Rohheit mit 1 Jahr Gefängniß.

Wegen Einbruchdiebstahls wurde dann gegen den Tischler Josef Kurzel aus Chlapau verhandelt. Am Morgen des 12. November ging der Domänenpächter Rahtz aus Cettau durch seine Besitzung, als er bemerkte, daß vor dem Fenster seines Arbeitszimmers eine Kiste gerückt war. Er stellte weiter fest, daß die Fensterscheiben mit einem Diamanten ausgeschnitten waren, dann war der Dieb an den Secretär getreten, aus dem Herr R. den Lohn zu zahlen pflegte und in dem sich 1300 Mk. befanden, hatte denselben erbrochen, war dann wohl gestört worden und ohne Beute entwichen. Auf den Angeklagten lenkte sich sofort der Verdacht, der durch vorgefundene Spuren verstärkt wurde. K. bestritt die That und wollte in der Nacht zu Hause gewesen sein. Er trat einen umfangreichen Alibibeweis an und es gelang ihm nachzuweisen, daß er wirklich die fragliche Nacht zu Hause gewesen sei. Der Gerichtshof sprach darauf den Angeklagten frei.

* * *

* **Pulvertransport.** Gestern passirte ein von Militär begleiteter Pulvertransport, dessen Wagen die vorschriftsmäßige schwarze Fahne mit dem P.-Zeichen führte, die Straße Neugarten. Wie wir hören, ist das Pulver zur Sprengung des Mauerwerks bei den Wallniederlegungsarbeiten bestimmt.

* * *

* **Vacanzenliste.** Stadtkämmererstelle beim Magistrat in Wehlau, Gehalt 1200 bis 1800 Mk. — Registratorstelle beim Magistrat in Thorn, Gehalt 1500 bis 2250 Mk. — Gemeinde-Secretärstelle beim Bürgermeister Bender in Lobberich, Gehalt 1500 Mk. — Zwei Polizeisergeantenstellen beim Magistrat in Naumburg a. S., Gehalt je 1050 bis 1350 Mk. und 50 Mk. Kleidergeld. — Polizeisergeantenstelle beim Magistrat in Glückstadt, Gehalt 900 Mk., freie Wohnung etc. — Inspectorstelle (beim Soolbade) beim Magistrat in Inowrazlaw, Gehalt 1200 Mk., freie Wohnung etc. — Baupolizei-Assistentenstelle beim Magistrat in Hannover, Anfangsgehalt 2000 Mk.

* * *

Polizeibericht für den 15. Febr. Verhaftet: 30 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Trunkenheit, 2 Bettler, 26 Obdachlose. — Gefunden: 1 Taschenmesser, abzuholen aus dem Fundbureau der kgl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 Portemonnaie mit 5 Pf. und 1 Pfandschein, abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

Zoppot, 14. Febr. Die **Finanzverhältnisse unserer Gemeindeverwaltung** haben sich in den letzten Jahren, trotz der großen Unternehmungen, welche dieselbe auszuführen hatte, nicht ungünstig gestaltet. Die Rechnung für das Jahr 1894/95 schloß, obgleich erhebliche Mehrausgaben bei dem Bau der Veranden im Kurgarten zu decken waren, mit einem Ueberschuß von mehr als 12 000 Mk. (im Etat waren 10 000 Mk. vorgesehen) ab und nach dem gegenwärtig im Gemeindehause ausliegenden Voranschlag für 1896/97, nach welchem pro 1895/96 ein Ueberschuß von 20 000 Mk. in Aussicht steht, ist es möglich gewesen, in denselben zur Erbauung eines Schulhauses den Betrag von 23 000 Mk. einzustellen, der aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden soll. An Umsatzsteuer (Kaufschoß) pro 1895/96 sind bis jetzt aus 65 Grundstücksverkäufen rund 6000 Mark zur Solleinnahme gestellt worden. — Von der Badedirection ist bei der **Gemeinde-Vertretung der Antrag gestellt worden,** den Beschluß, nach welchem Auswärtige von dem Abonnement auf die Concerte im Kurgarten gänzlich ausgeschlossen werden sollen, **aufzuheben.** Die Badedirection ist der Ansicht, daß durch diesen Beschluß die Interessen der Gemeinde nicht gefördert werden können, sie beantragt, es beim Alten zu belassen, also auch den Auswärtigen Abonnementskarten zum Preise von 3 Mk. pro Person zu ertheilen. Die Sache kommt in der auf Montag, den 17. d. M., anstehenden Sitzung der Gemeindevertretung zur Berathung.

△ **Neustadt, 14. Febr.** In dem vom Magistrat in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erstatteten **Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Neustadt** pro 1895/96 wird zunächst der wenig günstigen wirthschaftlichen Lage und des gedrückten Erwerbslebens gedacht. Doch hätte sich durch die Eröffnung der im südlichen Theile des Kreises gebauten Chausseen von Neustadt-Schönwalde-Lebno der Verkehr für die Stadt etwas gehoben. Nach der Rechnung der Kämmereikasse für 1894/95 ist ein Bestand von 12 475 Mk. verblieben; die Ueberschüsse des laufenden Jahres werden diesen Bestand voraussichtlich bis zum Jahresschluß auf 19 000 Mk. erhöhen. Die Gemeindesteuer ermäßigt sich durch Verwendung dieser Ueberschüsse gegen das Vorjahr um etwa 12 000 Mk. Die Stadtschule haben im Sommer 736 Schüler besucht, im Winter 661 Schüler (gegen bezw. 743 und 690 im Vorjahre); die höhere Mädchenschule des Frl. Quandt zählt 93 Schülerinnen (gegen 102 im Vorjahre), die Schülerzahl des königl. Gymnasiums hat sich von 187 im Vorjahre auf 177 vermindert. Die hiesige freiwillige Feuerwehr zählt gegenwärtig 40 ordentliche und 79 außerordentliche Mitglieder. Für städtische Armenpflege sind 5200 Mk. aufgewendet worden. An Kreis- und Provinzialabgaben wird die Stadt Neustadt im nächsten Etatsjahre voraussichtlich 3400 Mk. mehr aufzubringen haben, als im Vorjahre, nachdem bereits 1895/96 eine Mehrbelastung von 3700 Mk. erfolgt ist.

z **Pr. Stargard, 14. Febr.** Auf dem **Neubau des Landgestüts** haben am Mittwoch Vormittag die Erdarbeiter in einer Zahl von 56 Mann die Arbeit niedergelegt, am Donnerstag haben sich auch die etwa 50 Steinsetzer dem Streik angeschlossen. Beide Gruppen verlangen höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Der Tagelohn für die Erdarbeiter beträgt bisher 1,20 Mk.

-s- **Flatow, 14. Febr.** Auf dem Rittergute Grunau unweit Linde wurde beim Mergelausheben unter einer flachen Mergelschicht Thon gefunden, den der am Orte wohnende Töpfer Sp. auf Veranlassung des damaligen Gutsverwalters Gr. sachmännisch untersuchte. Das Resultat fiel so glücklich aus, daß beide den damaligen Besitzer angingen, den Thon durch eine **Ofenfabrik** auszunützen. Sie fanden kein Entgegenkommen, der Pflug ging ruhig weiter über den Acker, nur der Töpfer fabricirte von dem Thon seine Erzeugnisse weiter. Da ging das Gut in andere Hände über, und sofort trat Sp. an den neuen Besitzer H. mit seiner Idee der Anlegung einer Ofenfabrik heran. Hier fand er ein willigeres Entgegenkommen. Nach langen Bemühungen, über die zwei Jahre verflossen, steht nun eine große Ofen- und Thonwaaren-Fabrik fertig da und ist in Betrieb gesetzt.

Vermischtes.

Preußens reichste Leute.

Von dem Vermögensstande der reichsten Leute in Preußen giebt die soeben dem Abgeordnetenhause mitgetheilte Statistik der preußischen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für 1895/96 folgendes Bild:

Der reichste **Privatmann in ganz Preußen** ist noch immer „der Kanonen-König" **Krupp** in Essen. Er zahlt für das Jahr 1895/96 285 000 Mk. Steuern, da er sein Einkommen auf 7 135 000 bis 7 140 000 Mk. eingeschätzt hat (der Kaiser bezieht als König von Preußen jährlich eine Krondotation von 15½ Mill. Mk.). Der Frankfurter **Rothschild,** der Zweitreichste, berechnet jetzt sein Einkommen auf 6 115 000 Mk. (Steuersatz 244 900 Mark.) Bisher pflegte die dritte Stelle im Kreise der Reichsten ein Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln **(v. Thiele-Winkler)** einzunehmen, dann folgte in etwas weitem Abstande ein Berliner **(Bleichröder).** In diesem Jahre drängt sich da plötzlich ein Bewohner des **Regierungsbezirks Kassel** an die dritte Stelle. Dieser Kasselaner behauptet, ein jährliches Einkommen von über 3 085 000 Mk. zu haben und will dafür 123 400 Mk. Steuern zahlen. Das Vermögen des reichsten Mannes im Regierungsbezirk Oppeln (v. Thiele-Winkler) dagegen ist nach dem Tode des Familienoberhauptes in der Auflösung begriffen: 1893 betrug sein Einkommen noch über 4 120 000 Mk. zu einem Steuersatz von 164 800 Mk., im Jahre darauf ist das Einkommen des reichsten Oppelners in Folge Erbtheilung auf 2 950 000 Mk. zurückgegangen und für 1895/96 noch weiter auf 2 680 000 Mk. Daneben tauchen in diesem Jahre plötzlich zwei andere Oppelner Privatleute auf, der eine mit einem Einkommen von 2 675 000 Mk., der andere allerdings nur mit wenig über zwei Millionen (2 170 000) Mark. Der **reichste Berliner** — natürlich sind in dieser ganzen Statistik nur die physischen Personen in Betracht gezogen, es ist also von den juristischen Personen, Actiengesellschaften etc. abgesehen — versteuert 2 995 000 Mk. mit einem Steuersatz von 119 800 Mk. An fünfter, sechster und siebenter Stelle folgen dann die drei reichsten Oppelner, an achter ein Landbewohner im Regierungsbezirk Breslau mit 2 080 000 Mk. Einkommen, an neunter Stelle ein Landbewohner im Regierungsbezirk Trier **(Herr v. Stumm?)** mit 2 065 000 Mk. Einkommen. Im Jahre 1894/95 gab es nur sieben Leute mit mehr als 2 Millionen Einkommen und 1893/94 deren vier. Weitere 13 Personen hatten 1895/96 ein Einkommen von 1—2 Millionen (gegen 18 im Vorjahre).

Das Klima in Erythräa.

Professor Hann in Wien stellt im Dezemberheft der „Meteorologischen Zeitschrift" nach italienischem Material die wissenschaftlichen Beobachtungen zusammen, welche mit Bezug auf das Klima der italienischen Colonie Erythräa vorliegen. Da meteorologische Messungen erst seit wenig Jahren an einigen Punkten regelmäßig vorgenommen werden, so kann das allgemeine Bild der klimatischen Verhältnisse freilich ein feststehendes noch nicht genannt werden. In Massaua wurden regelmäßige Beobachtungen im Mai 1885 begonnen. Das Klima dieser Station ist ein für den Europäer ungewöhnlich unangenehmes, weniger in Folge einer sehr hohen Temperatur, als wegen der geringen Tagesschwankung derselben; im Durchschnitt differirt der kälteste und der wärmste Theil des Tages nur um 7 Grad Celsius. Der wärmste Monat (August) hat eine mittlere Temperatur von fast 35 Grad, der kälteste (Januar) noch 25,6, also so viel wie der heißeste Monat in Palermo. Die Nähe des Steilabfalls des abessynischen Hochplateaus bringt dem Orte einen unerwünschten Schutz gegen Winde, welche etwa zur Kühlung der unerträglichen Nachthitze verhelfen könnten. Eine böse Folge der unausgesetzten Transspiration ist der Hitzausschlag am ganzen Körper, ein tropisches „Fegefeuer" (lat. Lichen tropicalis, die Tropenflechte). Allerdings scheint Massaua der böseste Ort zu sein; schon die gegenüberliegende Bai von Archico hat bedeutend mehr Wechsel in der Temperatur. Das bedeutend (um 2½ Gr. Breite) südlicher gelegene Assab hat ebenfalls eine niedrigere Temperatur. Regen hat Massaua im ganzen Jahre nur an 32 Tagen zu erwarten und seine Gesammtmenge ist sehr gering, wenn auch die einzelnen Regenfälle zuweilen beträchtlich sind. In Assab fiel im Jahre 1886 nur an 6 Tagen Regen und im ganzen nur 27 Millimeter, was eine ganz außerordentlich geringe Niederschlagsmenge bedeutet.

Die russischen Reichs-Insignien.

Die großen russischen Reichs-Insignien, welche aus Anlaß der Kaiserkrönung von Petersburg nach Moskau abgehen werden, bestehen aus folgenden Stücken: Die Krone, die nach dem Muster der späteren byzantinischen gearbeitet ist und auf mehr als 1 100 000 Rubel geschätzt wird, setzt sich aus zwei, das west- und das oströmische Reich versinnbildlichenden Hälften zusammen, zwischen denen sich auf einem Bügel das auf einem birnförmigen Rubin befestigte, aus fünf großen Diamanten bestehende Kreuz erhebt. Mit Ausnahme eines Rubins, des Mittelstückes, zieren die Krone nur Diamanten und 54 große tadellose Perlen. Noch werthvoller ist der Scepter, den Kaiser Paul für seine Krönung am 5. April 1797 herstellen ließ. Er ist mit dem kostbaren Diamant geschmückt, der unter dem Namen „Orlow" bekannt ist. Dieser Stein soll mit dem berühmten Koh-i-noor der englischen Krone zusammen die Augen des goldenen Löwen vor dem Throne des Großmoguls zu Delhi gebildet haben; er wanderte als ein Stück Glas oder als Topas von einer Hand in die andere, bis ihn ein armenischer Kaufmann Namens Lasarew erwarb, der seinen Werth erkannte, ihn unter Lebensgefahr nach Petersburg brachte und der Kaiserin Katharina II. anbot. Die Kaiserin fand den damals noch rohen Edelstein zu theuer und Lasarew brachte seinen Schatz nach Amsterdam, dem Mittelpunkt des Diamantenhandels. Dort erstand ihn Graf Alexei Orlow für 450 000 Rubel, ließ ihn schleifen und legte ihn dann der Kaiserin Katharina zu Füßen. Zugleich erwirkte er für Lasarew einen Adelsbrief und eine Rente von jährlich 2000 Rubel. Der „Orlow" wiegt 199¾ Karat, also 8 11/16 Karat mehr als der Koh-i-noor. Auch der Reichsapfel wurde für die Krönung des Kaisers Paul angefertigt. Er ist von Gold, mit einem Gürtel von drei Reihen Brillanten umgeben, in deren Mitte ein schöner mandelförmiger Diamant angebracht ist. Ein ähnliches Band bildet der Kamm, auf dem ein großer Saphir das aus Diamanten bestehende Kreuz trägt.

Die großartige Meteor-Erscheinung,

welche am Montag über Madrid sich entlud, ist von dem Vorsteher des meteorologischen Instituts in Madrid, Prof. Amicis, genau beobachtet worden. Am sonnig klaren, fast windstillen Himmel erschien urplötzlich um 9 Uhr 29 Min. 30 Sek. ein weißbläuliches Licht. Unmittelbar darauf zeigte sich an der Stelle ein weißer, rauchähnlicher Flecken. Richtung von Nordwest nach Südwest, 6 Grad lang, 1 Grad breit. Die Gestaltung war halbkreisförmig mit Ausbauchung nach Osten; am Gipfel der Curve bemerkte man eine röthliche Färbung, wie bei Wolken im Abendroth. Das Ding sah aus wie eine leichte Cirrho-Cumulus-Wolke. Um 9 Uhr 30 Min. 40 Sek. vernahm man einen äußerst dumpfen Knall, dem mehrere kleine folgten. Das Ganze dauerte etwa 2 Minuten. Vom Moment der Explosion bis zu dem Augenblick, wo das Krachen vernommen wurde, vergingen 70 Sek. Danach wird die Höhe, in welcher die Erscheinung vor sich ging, auf etwa 24 000 Meter geschätzt. Die entstandene Wolke verschwand langsam und 3 Stunden später bemerkte man noch im Ostnordost, 20 Gr. über dem Horizont, ein leichtes Cirruswölkchen. Bemerkenswerth war das Verhalten des Barometers, das plötzlich 1,6 Millimeter stieg, dann auf seinen Stand zurückging und nach einer Schwankung von 2,3 Millimeter um 0,7 Millimeter sank. Glücklicher Weise hat man auch Sprengstücke des geplatzten Himmelskörpers gefunden, eins wurde dem Ministerpräsidenten Canovas überreicht. Ein anderes Stück fand sich 6 Kilometer von Madrid in Castillon. In Madrid wurde ein 500 Gramm schweres Stück aufgehoben; ein anderes 150 Gramm schweres Stück fiel in Castellana zu den Füßen eines Spaziergängers nieder. Die Schwankungen des Barometers zeigen, wie stark der Luftdruck bei dem Zerplatzen gewesen sein muß; die Beschädigung der Häuser erklärt sich zumeist daraus.

Neues Mittel gegen Schwindsucht.

Der Arzt Dr. Cyrus Edson in Newyork will ein neues Mittel zur Heilung der Schwindsucht entdeckt haben. Es besteht in einer Einspritzung von Aseptolin. Dieses enthält 97 Proc. Wasser und 3 Proc. Phenol und Pilocarpin. Nach einer Mittheilung des „Medical Record von Amerika" haben fünfzig amerikanische Aerzte das neue Mittel mit dem folgenden Ergebniß geprüft: 23 Patienten wurden geheilt, 68 fast geheilt und 91 stark gebessert. In drei Fällen war das Ergebniß nicht festzustellen. Ein Schwindsüchtiger starb.

Kleine Mittheilungen.

Berlin, 14. Febr. In der Nähe eines **Brandherdes** in **Moabit** wurden nach dem „Lok.-Anz." zwei **Kisten mit Patronen** gefunden, von denen noch nicht feststeht, wie sie an diesen Ort gelangt sind.

Heute hat abermals in Moabit **in der Emdenerstraße** ein **Dachstuhlbrand** stattgefunden. Criminalcommissar Braun hat sich sofort an die Brandstelle begeben.

Hamburg, 15. Febr. Die „Hamb. Nachr." berichten aus Christiania, daß dort aus Petersburg die officielle **Bestätigung** der Nachricht von Nansens Ankunft in Ostsibirien **eingetroffen** sei.

Von anderer Seite wird hervorgehoben, daß die ausgedehnten Handelsverbindungen des Großkaufmanns Kouchnarew es wahrscheinlich machten, daß Nachrichten über Nansen rascher durch seine Agenten als durch Boten Nansens weiter befördert würden.

Capstadt, 15. Febr. Der **Premierminister** und eine Anzahl hervorragender **Politiker** haben eine **Erklärung** unterzeichnet, in welcher gesagt wird, die Berichte über die Gewaltthätigkeiten der Boeren würden in Capstadt als schändliche Lügen angesehen. Die Berichte seien zu beklagen, weil sie geeignet sind, die Gesinnungen der Racen gegen einander zu verbittern und eine friedliche Lösung zu verzögern.

Standesamt vom 15. Februar.

Geburten: Schneidermeister Johann Julius Engler, S. — Bureau-Diätar Paul Döring, T. — Arbeiter Martin Cornels, T. — Zeugfeldwebel beim hiesigen Artillerie-Depot Adolf Günther, S. — Fuhrhalter Arthur Amort, S. — Arbeiter Friedrich Münchau, S. — Arbeiter Carl Schiemann, T. — Arbeiter Hermann Dreyer, S. — Schlossergeselle Friedrich Barschat, T. — Kaiserl. Post-Secretär Johannes Zaar, S. — Unehelich: 1 S. u. 1 T.

Aufgebote: Restaurateur George Simson und Amalie Jahn, beide hier.

Heirathen: Kaufmann Bernhard Guttmann in Breslau und Minna Philipsohn hier. — Hilfsbremser August Meerrettig und Lucia Glosa, beide hier. — Arbeiter Paul Hermann Przenitzki und Anna Potulski, beide hier.

Todesfälle: Kaufmann Hermann Helwich, 64 J. — S. d. Schulboten Friedrich Wurl, 16 T. — Schiffscapitän David Müller, 62 J. — Wwe. Louise Widdermann, geb. Lundie, 74 J. — Arb. August Plachotzki, 30 J. — Arb. Andreas Peperkok, 59 J. — Invalide August Gignowski, 54 J. — Wittwe Auguste Neumann, geb. Mill, 66 J. — Handelsmann Magnus Herrmann, 73 J. — Arbeiter Hermann Kruck, 31 J. — Wittwe Wilhelmine Piesker, geb. Schwentzer, 82 J. — Unehel.: 1 T.

Danziger Börse vom 15. Februar.

Weizen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

Sorte	Gewicht	Preis	
feinglasig u. weiß	745—820 Gr.	122—158 ℳ Br.	111—153 ℳ bez.
hochbunt	745—820 Gr.	120—156 ℳ Br.	
hellbunt	745—820 Gr.	118—155 ℳ Br.	
bunt	740—799 Gr.	116—154 ℳ Br.	
roth	740—820 Gr.	109—154 ℳ Br.	
ordinär	704—760 Gr.	100—148 ℳ Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 115 ℳ, zum freien Verkehr 756 Gr. 150 ℳ.

Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 153 ℳ bez., transit 118 ℳ Br., 117½ ℳ Gd. per Mai-Juni zum freien Verkehr 153½ ℳ Br., 153 ℳ Gd., transit 118 ℳ Br., 117½ ℳ Gd., per Juni-Juli zum freien Verkehr 155½ ℳ Br., 155 ℳ Gd., transit 120 ℳ bez., per Sept.-Oktbr. zum freien Verkehr 153 ℳ bez., transit 119½ ℳ bez.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr. feinkörnig per 714 Gr. transit 77 ℳ bez.

Regulirungspreis per 714 Gr. lieferbar inländ. 114 ℳ, unterp. 79 ℳ, transit 78 ℳ.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 117 ℳ bez., unterpolnisch 82½ ℳ Br., 82 ℳ Gd., Mai-Juni 118 ℳ bez., unterpolnisch 83½ ℳ Br., 83 Gd., Juni-Juli inländ. 119½ ℳ Br., 119 ℳ Gd., unterpolnisch 85 ℳ Br., 84½ ℳ Gd., Sept.-Oktbr. inländ. 121½ ℳ Br., 121 ℳ Gd., unterpolnisch 87 ℳ Br., 86½ ℳ Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. große 674 bis 680 Gr. 110—114 ℳ bez., russ. 701—715 Gr. 90—98 ℳ bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 102—103 ℳ bez.

Dotter per Tonne von 1000 Kilogr. russ. 120 ℳ bez.

Kleesaat per Tonne von 100 Kilogr. weiß 56—84 ℳ bez., roth 52—55 ℳ bez.

Kleie per 50 Kilogr. zum See-Export Weizen- 3,50—3,55 ℳ bez., Roggen- 3,60 ℳ bez.

Rohzucker fest. Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,02½ ℳ bez. per 50 Kilogr. incl. Sack.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 15. Febr. **Rinder.** Es waren zum Verkauf gestellt 3772 Stück. Tendenz: Anfangs langsam, dann ruhig bei schwachem Angebot. Für schwere feinste Stiere wurde über Notiz bezahlt. Bezahlt wurde für: 1. Qual. 56—60 ℳ, 2. Qual. 52—55 ℳ, 3. Qual. 46—50 ℳ, 4. Qual. 40—44 ℳ per 100 Pfd. Fleischgewicht.

Schweine. Es waren zum Verkauf gestellt 7375 Stück. Tendenz: Ruhig, geräumt. Bezahlt wurde für: 1. Qual. 44—45 ℳ, 2. Qual. 42—43 ℳ, 3. Qual. 40 bis 41 ℳ per 100 Pfd. mit 20 % Tara.

Kälber. Es waren zum Verkauf gestellt 1066 Stück. Tendenz: Ruhig. Bezahlt wurde für 1. Qual. 54—57 Pf. nnd darüber, 2. Qual. 47—53 Pf., 3. Qual. 42 bis 46 Pf. per Pfund Fleischgewicht.

Hammel. Es waren zum Verkauf gestellt 9254 Stück. Tendenz: Schlepprnd; es bleibt Ueberstand. Bezahlt wurde für 1. Qual. 43—45 Pf., beste Lämmer bis 48 Pf., 2. Qual. 40—42 Pf. per Pfd. Fleischgewicht

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Danziger Stadttheater.

Direction: **Heinrich Rosé.**

Sonntag, den 16. Februar:
Nachmittags 3½ Uhr:

Fremden-Vorstellung.
Bei ermäßigten Preisen.

Der Obersteiger.

Operette in 3 Acten von M. West und L. Held. Musik von Carl Zeller.

Abends 7½ Uhr:

15. Novität! Zum 1. Male 15. Novität!

Der kleine Lord.

Lebensbild in 3 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Mrs. Hodgson Burnett.

Montag, den 17. Februar,
Abends 7 Uhr:
Bei ermäßigten Preisen.

Die Regimentstochter.

Komische Oper in 2 Aufzügen nach dem Französischen von Carl Gollnick. Musik von Donizetti.

Hierauf:

Pension Schöller.

Schwank in 3 Acten von Carl Laufs.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von **Ruda (Gutsbezirk Dlugimost, Kr. Strasburg Westpr.)** Band I, Blatt 147,
auf den Namen des Barons **Friedrich v. d. Goltz,**
welcher am 29. Oktober 1892 verstorben ist, eingetragene, in der Gemarkung des Gutsbezirks Ruda und der Gemeindebezirke Janowko und Trepki belegene Grundstück
am 15. April 1896, Vormittags 9 Uhr
vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 11, versteigert werden. Das Grundstück ist mit 373,59 ℳ Reinertrag und einer Fläche von 142,26,90 Hektar zur Grundsteuer mit 324 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird
am 17. April 1896, Vormittags 11 Uhr,
an Gerichtsstelle verkündet werden. (3135

Strasburg Westpr., den 31. Januar 1896

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die **Anlage eines Parkes** von 4 Hektar Größe, am Anfange der großen Allee, nördliche Seite, soll in einem Loose vergeben werden.

Angebote sind bis zum
1. März d. J., Vormittags 11 Uhr,
im Baubureau-Rathhaus einzureichen, woselbst die Verdingungsunterlagen sowie der Bepflanzungsplan zur Einsicht ausliegen.

Die Bedingungen können auch gegen Zahlung der Copialien abschriftlich bezogen werden. (2657

Danzig, den 29. Januar 1896.

Der Magistrat.
Park-Deputation.

Vom 1. April 1866 ab sollen auf Bahnhof Danzig Olivaer Thor mehrere **Lagerplätze** öffentlich meistbietend verpachtet werden. Termin steht hierzu auf **Dienstag, den 25. Februar 1896, Vormittags 11 Uhr,** im Inspectionsgebäude auf Bahnhof Danzig leege Thor an. Die Bedingungen können vorher ebendaselbst eingesehen werden. Die Besichtigung der Plätze kann nach Meldung bei der Güterabfertigungsstelle auf Bahnhof Danzig Olivaer Thor erfolgen.

Danzig, den 14. Februar 1896. (3136

Königliche Betriebs-Inspection.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Uhrmachers und Goldwaarenhändlers **Max Retschun** zu Graudenz ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf **den 6. März 1896, Vormittags 11 Uhr,** vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst, Zimmer 13, anberaumt. (3071

Graudenz, den 8. Februar 1896.

Sohn,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

In unser Genossenschaftsregister ist bei der **Molkereigenossenschaft Altmark** zufolge Verfügung vom 11. am 11. Februar eingetragen, daß an Stelle des Directors, Kaufmann **F. Fast** in Altmark, der Besitzer **Bernhard Boettcher** daselbst für die Zeit vom 30. Januar 1896 bis 1. Juni 1897 in den Vorstand gewählt ist.

Stuhm, den 11. Februar 1896. (3072

Königliches Amtsgericht.

Nur 20 Pfennig monatlich!

Der „Danziger Courier" ist die billigste Tageszeitung Danzigs.

Er kostet, ins Haus gebracht, bei unsern Austrägerinnen **monatlich nur 30 Pfennig.** Bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen **nur 20 Pfennig monatlich.** Zu diesem Preise kann der „Danziger Courier" bei folgenden Abholestellen in Danzig und den Vororten abonnirt werden:

Rechtstadt.

Breitgasse Nr. 71 bei Herrn M. J. Zander.
„ „ 89 } „ „ A. Kurowski.
„ „ 108 }
Brodbänkengasse Nr. 42 bei Herrn Aloys Kirchner
3. Damm „ 9 „ „ Lippke
3. Damm „ 7 „ „ W. Machwitz.
Heil. Geistgasse „ 47 „ „ Rudolf Dentler.
„ „ „ 131 „ „ Max Lindenblatt.
Holzmarkt „ 27 „ „ H. Mansky.
Hundegasse „ 80 „ „ Gust. Jäschke.
Junkergasse „ 2 „ „ Richard Utz.
Kohlenmarkt „ 32 „ „ Herm. Teßmer.
Langenmarkt 2 (Grünes Thor) bei Herrn Franz Weißner.
Langgasse 4 bei Herrn A. Fast.
Röpergasse Nr. 10 bei Herrn Hugo Engelhardt.
Ziegengasse [illegible] Herrn Otto Kränzmer

Altstadt.

Altstädt. Graben Nr. 69/70 bei Herrn George Gronau.
„ „ „ 85 „ „ G. Loewen.
Am brausenden Wasser 4 „ „ Ernst Schoesau.
Bäckergasse, Große Nr. 1 „ „ J. Zindel
Fischmarkt „ 45 „ „ Julius Dentler.
Gr. Gasse „ 3b „ „ Albert Burandt.
Hinter Adlersbrauhaus 6 „ „ Draszkowski.
Kassubischer Markt Nr. 10 „ „ A. Winkelhausen.
„ „ „ 67 „ „ F. Pawlowski.
Knüppelgasse „ 2 „ „ C. Raddatz.
Paradiesgasse „ 14 „ „ Alb. Wolff.
Pfefferstadt „ 37 „ „ Rud. Beier
Rammbaum „ 8 „ „ P. Schlien.
Ritterthor „ „ George Gronau.
Schüsseldamm „ 30 „ „ Centnerowski u. Hofleidt.
Schüsseldamm Nr. 32 bei Herrn J. Trzinski.
„ „ 56 „ „ H. Strehlau.
Seigen, Hohe „ 27 „ „ F. H. Wolff.
Tischlergasse „ 23 „ „ Bruno Ediger.
Tobiasgasse „ 25 „ „ J. Koslowsky.

Innere Vorstadt.

Fleischergasse Nr. 29 bei Herrn J. M. Kownatzki.
„ „ 87 „ „ Albert Herrmann.
Holzgasse „ 22 „ „ Czerlinski.
Lastadie „ 15 „ „ J. Fiebig.
Mottlauergasse „ 7 „ „ B. O. Kliewer.
Poggenpfuhl „ 48 „ „ Jul. Kopper.
Poggenpfuhl 73 „ „ J. M. Kutschke.

Speicherinsel.

Hopfengasse Nr. 95 bei Herrn H. Manteuffel.

Niederstadt.

Grüner Weg Nr. 5 bei Herrn William Hintz.
Langgarten „ 6/7 „ „ J. Pallasch.
„ „ 8 „ „ P. Pawlowski.
„ „ 58 „ „ F. Lilienthal.
„ „ 92 „ „ Carl Skibbe.
Schwalbengasse, Gr. Nr. 6 b. Hrn. F. W. Nötzel, Meierei.
1. Steindamm Nr. 1 bei Herrn Theodor Dick.
Thornscher Weg Nr. 5 bei Herrn H. Schieske.
Thornscher Weg Nr. 12 bei Herrn Kuno Sommer.
Weidengasse Nr. 32a bei Herrn V. v. Kolkow.
Weidengasse Nr. 34 bei Herrn Otto Pegel.
Wiesengasse Nr. 1/2 bei Herrn Robert Zander.

Außenwerke.

Berggasse, Große Nr. 8 bei Herrn Schipanski Nachflgr.
Hinterm Lazareth „ 3 „ „ R. Dingler.
Hinterm Lazareth „ 8 „ „ Louis Groß.
Kaninchenberg „ 13a „ „ Hugo Engelhardt.
Kneipab Nr. 9 „ „ W. Witt junior.
Krebsmarkt Nr. 3 „ „ F. Jocher.
Petershagen a. d. Radaune Nr. 3 bei Hrn. Alb. Bugdahn.
Sandgrube Nr. 36 „ „ C. Neumann.
Schwarzes Meer Nr. 28 bei Herrn Georg Rüdiger.
Schichausche Colonie „ „ Georg Gronau.
Sandweg 7 „ „ Schiedlowski.

Langfuhr.

Langfuhr Nr. 38 bei Herrn R. Witt (Posthorn).
„ „ 59 „ „ Georg Metzing.
„ „ 66 „ „ W. Machwitz.
„ „ 78 „ „ R. Zielke.
Brunshöferweg „ „ W. Machwitz.

Stadtgebiet und Ohra.

Stadtgebiet Nr. 1 bei Herrn F. Lewanczyck.
„ „ 94/95 bei „ Otto Rick.
Ohra Nr. 161 bei Herrn M. A. Tilsner.
Ohra an der Kirche bei Herrn J. Woelke.

Schidlitz und Emaus.

Schidlitz Nr. 47 bei Herrn J. C. Albrecht.
„ „ 78a „ „ Friedr. Zielke.
„ „ 50 „ „ G. Claassen.
Schlapke „ 957 „ „ Berg.
Emaus „ 24 „ Frau A. Muthreich.

Neufahrwasser und Weichselmünde.

Olivaerstraße 6 bei Herrn Otto Drews.
Kleine Straße „ Frau A. Linde.
Marktplatz „ Herrn P. Schultz.
Gasperstraße 5 „ „ Georg Biber.
Weichselmünde „ „ Radtke.

Oliva.

Köllnerstraße Nr. 15 bei Herrn Paul Schubert.
Danzigerstraße „ „ Stephan.

Zoppot.

Am Markt bei Herrn Ziemssen.
Danziger Straße Nr. 1 bei Herrn Benno v. Wiecki.
„ „ „ 47 „ „ Otto Kreft.
Pommersche „ „ 2 „ „ Paul Senff.
Seestraße Nr. 29 bei Frl. Focke.
„ „ 49 „ Herrn A. Fast.
Südstraße Nr. 7 bei Herrn C. Wagner
„ „ 23 „ „ J. Glaeske.
Wilhelmstraße Nr. 31a bei Herrn A. Schellner

Expedition des „Danziger Courier",
Ketterhagergasse Nr. 4.

Beilage zu Nr. 40 des „Danziger Courier“.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Sonntag, 16. Februar 1896.

Die Schlacht von Eylau.

In diesen Tagen sind neue Memoiren über die napoleonische Zeit und die der Restauration erschienen, die den General Grafen v. Saint-Chamans, Adjutanten des Marschalls Soult, zum Verfasser haben. Dem Werke, daß wieder sehr interessante Erinnerungen bringt, sei eine Schilderung des Abends nach der mörderischen Schlacht von Eylau entnommen, die, wie alle Augenzeugen und Fachmänner einstimmig versichern, der Armee Napoleons hätte verhängnißvoll werden können und müssen, wenn der russische Oberbefehlshaber Bennigsen die Gelegenheit zur Vernichtung der französischen Schaaren nicht hätte in unglaublicher Verkennung des errungenen Vortheils unbenutzt vorüber gehen lassen. Saint-Chamans erzählt:

„Der Marschall sandte mich mit der Nachricht zum Kaiser, daß der Feind sich zurückgezogen habe. Ich beeilte mich, so sehr ich konnte, und fand den Kaiser in einer Art Pächterhaus, eine halbe Wegstunde hinter Eylau an dem Wege, auf dem wir zwei Tage früher vorgerückt waren. Seine ganze Garde hatte um diese Hütte herum bivouakirt. Man war noch nicht in das Zimmer getreten, in dem er die Nacht verbracht hatte, und man sagte mir, der Kaiser schliefe noch. Ich zweifelte sehr daran, denn seine Lage war zu beunruhigend, als daß er ruhig hätte dem Schlammer sich hingeben können.

Ich trat in eine elende Küche, in der sich die Lakaien des Kaisers befanden; die Kammerherren hatten sich besser im Bivouak einquartiert. Man kochte gerade ein wenig Bouillon für den Kaiser auf. Ich bat einen Kammerdiener, zu melden, daß ein Adjutant des Marschalls Soult den Kaiser zu sprechen wünsche, und als er einige Schwierigkeiten machte, fügte ich hinzu, daß es sich um eine sehr wichtige und sehr dringende Sache handle. Er trat bei dem Kaiser ein und ich blieb an der Thüre stehen; da dieselbe halb geöffnet blieb, hörte ich Napoleon mit lebhafter Stimme den Befehl ertheilen, mich eintreten zu lassen.

Ich wurde unverzüglich in eine schmutzige Stube eingeführt. (Saint-Chamans schreibt das deutsche Wort „Stube“, um seine Verachtung zu zeigen.) Zwei oder drei Adjutanten, unter denen ich Coulaincourt und Lauriston erkannt zu haben glaube, lagen auf Matratzen in einer Ecke des Zimmers, Napoleon, völlig angekleidet und in Stiefeln, lag gleichfalls auf einer Matratze nahe bei dem Ofen. Sein Gesicht zeigte von Uebermüdung, Unruhe und Abspannung.

„Was giebt's Neues?“ fragte er mich lebhaft, kaum als ich eingetreten war.

Ich erwiderte in wenigen Worten, daß Soult mich mit der Meldung schickte, der Feind ziehe sich zurück und daß der Marschall um weitere Befehle ersuche. Es wurde mir da leicht zu sehen, wie des Kaisers Mienen sich aufklärten; die große Aufmerksamkeit, mit der er und seine Adjutanten meinen Bericht anhörten, bewies mir, daß man in diesem Zimmer ebenso wie in unseren Bivouaks keineswegs ruhig über die Folgen der Schlacht von Eylau gewesen war und daß man mit großer Ungeduld Aufklärungen über die Bewegungen des Feindes entgegengesehen hatte.

Das Gesicht des Kaisers wurde strahlend; er befahl mir, zum Marschall Soult zurückzukehren und ihn anzuweisen, keine Bewegung ohne ausdrückliche Befehle zu machen. „Sagen Sie ihm, daß ich den Fürsten Murat mit der gesammten Cavallerie den Russen auf die Fersen schicken werde!“ rief er mir nach.

Ich kehrte schleunigst zu dem Marschall zurück; als er erfuhr, daß der Kaiser kommen werde, ließ er sofort sein Armeecorps unter Waffen treten, das heißt das, was von seinem Armeecorps übrig geblieben war. Es trieb einem die Thränen in die Augen, diese Regimenter zu sehen, die zehn Tage zuvor so stark und so schön gewesen waren, und die da die Reste ihrer drei Bataillone zu einem dünnen Halbbataillon zusammenfügen mußten. Die Infanterie-Division des Generals Saint-Hilaire, die am Tage vor der Schlacht siebentausend Mann stark gewesen war, zählte deren nur noch zweitausend. Die Offiziere und die Soldaten zeigten traurige und unzufriedene Mienen; sie beklagten ihre alten Kameraden, mit denen zusammen sie seit zehn Jahren zu siegen gewohnt waren und die sie nun diese glorreiche Laufbahn durch die Lanzen der Kosaken und der Tartaren an den Ufern des Pregel oder durch Hunger und Frost in den Schneegefilden Polens hatten beschließen sehen müssen. Ihre Politik, weniger tief als die Napoleons, konnte ihnen nicht die Ueberzeugung beibringen, daß dieser Feldzug zum Glücke Frankreichs nothwendig war. Ein Regiment, dessen Adler durch die Kugeln und Granatensplitter vom Schaft gelöst war, hatte denselben mit schwarzem Flor wieder befestigt. Es war vielleicht auch aus Trauer über den Fall seines Obersten Lemarois.

Der Kaiser kam, gefolgt von seinem Stabe und den Neugierigen des Hofes, an, welch' letztere, nachdem der Rückzug des Feindes bekannt geworden, mit einem Male großen Eifer zeigten, das Schlachtfeld zu besichtigen. Der Kaiser nahm das Schlachtfeld genau in Augenschein, aber die schwarzen Flore verursachten ihm eine gewisse Erregung.

„Ich will meine Fahnen nie in Trauer sehen“ rief er aus; „wir haben viele unserer Freunde und unserer braven Kameraden zu beklagen, aber sie sind auf dem Felde der Ehre gefallen, ihr Schicksal ist beneidenswerth. Beschäftigen wir uns lieber damit, sie zu rächen, aber nicht damit, sie zu beweinen, denn Thränen kommen nur Weibern zu.“

Man beeilte sich, die schwarzen Flore abzunehmen, die seine Augen so beleidigt hatten. Als er vor den Truppen vorbeischritt, hörte ich viele Soldaten unter den Rufen: „Vive l'Empereur!“ deutlich schreien: „Vive la paix!“ oder auch: „Du pain et la paix!“ Es war das erste Mal, daß ich die Moral der französischen Armee ein wenig erschüttert sah. Aber sie hatte bei der Metzelei von Eylau zu viel gelitten, als daß es anders hätte sein können. Ich habe übrigens später gesehen, daß die Russen und die Preußen sich nicht in besserem Zustande befanden und nicht zuversichtlicher waren, als wir.“

Volksheime in Zürich.

Die Bewegung für Veredelung der Volksgeselligkeit, welche sich besonders durch Einrichtung von Volksunterhaltungsabenden und Volksheimen kund giebt, hat sich von Deutschland und den skandinavischen Ländern aus auch nach der Schweiz verbreitet, wo der bekannte Pfarrer Bion in Zürich kürzlich einen Aufruf zur Begründung von „Volkshäusern“ ganz nach Art der Dresdener Volksheime erlassen hat. Sein Aufruf betont im Eingange, daß in den Großstädten mehr und mehr zwei Bedürfnisse in den Vordergrund treten. Das eine ist das nach wohlfeilen und zugleich gesunden Wohnungen, das andere, mindestens ebenso große, betrifft eine gute und billige Ernährung und eine leicht benutzbare Gelegenheit zu körperlicher Reinigung sowie die Möglichkeit, sich geistig zu bilden und angenehm zu unterhalten, ohne zum Wirthshausbesuch genöthigt zu sein. Dem ersten Bedürfniß suchen Vereinigungen für Erbauung von Wohnungen zu entsprechen. Zur Befriedigung des zweiten wird die Errichtung von Volkshäusern in verschiedenen Theilen der Stadt angeregt. „Dieselben sollen Speiselokale, einen größeren Unterhaltungssaal, Lese- und Gesellschaftszimmer, sowie Baderäume nebst Küche und Wohnung für die Verwaltung enthalten.“ ... In den Volkshäusern dürfen keine alkoholischen Getränke verkauft werden. Damit das häusliche Leben nicht geschädigt werde, ist dafür zu sorgen, daß Familien ihr Essen in möglichst bequemer Weise durch Cantinen beziehen können, und zwar die ganze Tagesnahrung, aus Morgen-, Mittag- und Abendessen bestehend. — Speiselokale, in denen ein schmackhaft und reinlich bereitetes Essen in genügender Menge und in passender Auswahl und Abwechselung zu einem nur durch den Großbetrieb ermöglichten billigen Preise bezogen werden kann, sind zweifelsohne eine große Wohlthat. Ist es nicht möglich, die Einnahmen einer Familie über eine gewisse Höhe zu steigern, so gebietet ein gesunder Haushaltungsgrundsatz, die Ausgaben zu vermindern, ohne daß darunter die Ernährung zu leiden hat. Solches geschieht auch durch die Enthaltung von kostspieligen alkoholischen Getränken.

Das Hauptgewicht legt der Züricher Aufruf mit Recht auf die würdige Befriedigung der geistigen und gesellschaftlichen Bedürfnisse indem er darüber bemerkt: „Ein großer Theil der sogenannten Arbeiterklasse wird bloß durch diese Bedürfnisse in Trinklokale geführt, in denen die Versuchung nahe liegt, sich einem unmäßigen, leiblich und geistig verderblichen Alkoholgenuß hinzugeben und damit sich und seine Familie schwer zu schädigen. Bietet man Gelegenheit, die Wißbegierde und den Unterhaltungstrieb durch passenden Lesestoff, Vorträge, Gesang, Musik, dramatische Aufführungen und gesellige Zusammenkünfte etc. in freundlichen und gesunden Lokalen zu befriedigen, in welchen keine Nöthigung und Versuchung zum Genusse geistiger Getränke vorhanden ist, so wird damit wohl am wirksamsten einem allgemein erkannten und beklagten Uebel entgegengetreten. Von jeher ist dies die richtige Art, schädliche Genüsse dadurch zu beseitigen, daß man an ihre Stelle edle und nützliche setzt.“ ... „Das Werk, welches wir im Auge haben, soll allerdings einen gemeinnützigen Charakter an sich tragen, aber nicht als Wohlthätigkeitssache im engeren Sinne des Wortes aufgefaßt und behandelt werden, damit nicht diejenigen, welche diese Volkshäuser benutzen, das Gefühl haben müssen, eine Art von Almosen zu empfangen. Vielmehr soll es nach gesunden Geschäftsprincipien geführt werden und nach Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten auch einen bescheidenen Zins abwerfen, was nach den von sachkundiger Seite aufgestellten Berechnungen und anderwärts gemachten Erfahrungen in sicherer Aussicht steht.“

Die Begründer wollen dem Unternehmen die die Form einer Actiengesellschaft geben, und suchen die finanziellen Mittel unter Mitwirkung wohlthätiger und gemeinnütziger Gesellschaften und Privaten, sowie der städtischen Behörden aufzubringen. Die Kosten eines Volkshauses, Betriebskapital inbegriffen, schlagen sie auf 200 000 bis 250 000 Frcs. an. Möge das verdienstvolle Werk gelingen und zur Nachahmung anregen!

Der deutsche Bauer im preußischen Ordenslande.

Die Lage des Standes, der vor 5- und 600 Jahren dem deutschen Orden durch friedliche Arbeit mit Spaten und Pflug das Land unserer Ostmark für deutsche Art und Cultur gewinnen half, schilderte Herr Dr. Remus am Sonnabend im westpreußischen Geschichtsverein. Deutsche Bauern zogen auf den Ruf der Ordensritter aus dem Mutterlande in großen Schaaren herbei, um die preußischen Wälder und Sümpfe urbar zu machen, um das Weichselland und das noch weiter östlich gelegene Gebiet mit einer großen Anzahl deutscher Colonien zu besetzen. Gern suchten sich die Bauern eine neue Heimath, da auf altem deutschem Boden die Freiheit des gemeinen Mannes arg geschmälert wurde und ganz zu verschwinden drohte, während im Ordenslande jeder Ansiedler in den Besitz seines Landes kam, ohne außer der Landesherrschaft noch einem anderen Herrn zu Dienst und Unterthänigkeit verpflichtet zu sein. Die Bauern zogen in Gruppen unter Führung unternehmender Männer herbei, um ebenso gruppenweise angesiedelt zu werden. Der Führer einer Gruppe erhielt besondere erbliche Vorrechte vom Orden, er wurde der „Schulze“ des neuen Dorfes. Jeder einzelne erhielt durch das Loos seinen Antheil am Lande, Wiese und Wald blieben Eigenthum der Gemeinde.

Hatten sich die neuen Ansiedler auf dem jungfräulichen Boden heimisch gemacht, waren die schwersten Arbeiten der Urbarmachung vorüber, dann trat, gewöhnlich nach 5—10 Jahren, der Orden mit seinen Anforderungen an sie heran. Er brauchte die Dienste seiner Bauern, die nun überall der nächstliegenden Ordensburg dienst- und zinspflichtig gemacht wurden. Die Dienste waren erträglich, wie sie in den Handfesten der Dörfer genau festgestellt wurden, auch lag die Gefahr ihrer ungerechten Erweiterung bei einer Beamtenherrschaft nicht so nahe, wie bei einem einzelnen Herrn, der möglichst viel für seinen privaten Nutzen herauszuschlagen suchte.

Mit der wichtigste Dienst, den der Orden von seinen Unterthanen verlangte, war die Heeresfolge. Anfangs war diese Pflicht eine sehr drückende, später, als die Zeiten friedlicher wurden, bot man die Bauerwehr nur selten noch zu auswärtigen Unternehmungen auf. Im großen Kriege gegen die Polen 1410 und im dreizehnjährigen Kriege wurde dann aber wieder der Heerbann oft zusammengerufen. Gewöhnlich mußten die Bauern ihren Dienst zu Pferde leisten.

Jeder deutsche Bauer mußte eine jährliche Abgabe, eine Art Grundsteuer, an den Orden zahlen, deren Höhe sich um 1400 etwa zwischen 5 und 30 Mk. heutigen Geldes für die kulmische Hufe bewegte. Neben dieser Geldabgabe bestanden Naturallieferungen in Gestalt von Geflügel und Getreide. Ferner war der Bauer zu persönlichen Diensten in den Ordenshäusern verpflichtet. Heudienst, d. h. die Verpflichtung zum Mähen des Heus, findet sich von 6 bis zu 36 Tagen im Jahre festgesetzt. Auch Gespanndienste und Verpflichtung zum Instandhalten der Ordensburgen wurden den Bauern oft auferlegt.

Weit entfernt, seine Forderungen zu überspannen, war der Orden, wenigstens in seiner guten Zeit, sorglich für das Wohl seiner Bauern bemüht. Nach Unglücksfällen wurde der Zins nicht nur häufig erlassen, sondern sogar der Schaden den Einzelnen ersetzt. Andere Einnahmen erzielte der Orden aus den Wäldern, die er fast überall als Regal sich vorbehielt, aus der Wassernutzung, aus der Fährgerechtigkeit, über die er ganz besonders eifersüchtig wachte, und aus den Mühlen. Die Bauern wurden gezwungen, ihr Getreide in den Ordensmühlen mahlen zu lassen, gegen eine Abgabe, die sogenannte Metze, die aus einem Theile des gemahlenen Mehls bestand. Gerade hierbei wurden die Bauern von habsüchtigen Ordensrittern oft übervortheilt.

Die Kosten der Kirche fielen den Bauern nicht direct zur Last, da von vornherein in den Dörfern zur Erhaltung des Geistlichen einige Hufen ausgesondert wurden, die frei von jedem Zinse blieben. Nur daneben erhielt der Pfarrer noch von jeder Hufe seines Dorfes eine geringe Getreideabgabe. Oft lagen die Bauern mit ihren Seelsorgern im Streit, dessen Schlichtung dem Orden große Schwierigkeiten machte. Die Wahl der Pfarrer mußte vom Komtur und vom Bischof bestätigt werden. Die Kirchenzucht auf den Dörfern suchte der Orden durch strenge Bestimmungen zu heben. So bestand eine sehr scharfe Sonntagsordnung, die über die moderne noch weit hinausgeht, da jede bezahlte Arbeit, selbst Holz- und Wasserholen, streng untersagt war. Nur war nach der Messe der Verkauf von Lebensmitteln gestattet. Freilich wurde gegen diese Bestimmungen, wie namentlich auch das Verbot des Wirthshausbesuches während des Gottesdienstes, oft gefehlt.

An der Spitze jeder Dorfgemeinde stand der Schulze, dessen Amt erblich war. Ihm gehörte ein Zehntel des gesammten Dorflandes, das frei von jedem Zins und Scharwerk war; ferner floß ein Drittel aller Gerichtsgefälle in seine Tasche, da ihm über die Deutschen seines Dorfes die Gerichtsgewalt in allen kleineren Sachen zustand, während über schwerere Dinge, sowie über Preußen, Polen und Wenden der Orden urtheilte. In den größeren Dörfern stand dem Schulzen noch ein Rath, das gehegte Ding, zur Seite. Der Schulze sammelte den Zins in seiner Gemeinde ein, führte die Bauern zum Scharwerk und schritt gegen säumige Zahler ein. Ihm lag die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ob, oft mußte er Reisen nach der Ordensburg machen. Seine Zeit war also, da er auch der größte Besitzer im Dorfe war, sehr in Anspruch genommen.

Der Umfang der einzelnen bäuerlichen Besitzungen verminderte sich naturgemäß mit der Zeit, doch mehr in den ärmeren Gebieten der Höhe als in den reichen der Niederungen. Die Ackerloose zogen sich in breiten Streifen von dem an der Dorfstraße liegenden Hause hinweg. Vom Vater erbte der Besitz auf den Sohn, bei mehreren Kindern wurde getheilt. Die Bearbeitung des Bodens war noch primitiv, das allgemein Uebliche war wohl noch die Dreifelderwirthschaft. Als Ackerinstrumente waren in Gebrauch der deutsche eiserne Pflug, der polnische Haken und die „Zoche“, ein Instrument aus hartem Holz zum Aufbrechen des Bodens. Gebaut wurden hauptsächlich Gerste und Roggen, seltener Hafer und Weizen. Erwähnt werden ferner noch Buchweizen, Bohnen und Rüben. In manchen Gebieten wurde Hopfen, ja sogar Wein gezogen. In der Viehwirthschaft war das wichtigste Thier das Pferd, da der Orden viele Pferde zur Kriegführung brauchte. So erreichte die Pferdezucht eine bedeutende Höhe; dann folgen Rindvieh, Schweine und Schafe. Fast alle Dörfer hielten sich gemeinsame Hirten für ihr Vieh.

Die Lebenshaltung der Bauern war sehr einfach. Das Hausgeräth beschränkte sich auf das Nothwendigste, der einzige Luxus wurde mit kupfernen Kesseln und zinnernen Geräthen getrieben. Dagegen wurde mit Trinken wohl manches vergeudet, wie die großen Summen zeigen, die der Orden aus den zahlreichen Dorfkrügen, den „Kretschemen“, bezog. Es bestanden Verordnungen über gemeinschaftliche Kneipereien der Bauern, die „Gildebiere“, zu denen niemand gezwungen werden sollte. Nachts mußten die Krüge geschlossen werden, zur Erntezeit war nur 1 Stunde Wirths-

Auf der Grenzwacht!

Roman in zwei Bänden von Ludwig Habicht.

80) [Nachdruck verboten.]

„Ja, ich bin Deine Mutter!“ rief Euphrosyne, die aufgerichtet, den Oberkörper vorgebeugt, dastand wie ein Raubthier, das zum Sprunge ausholt; die Worte stürzten ihr, die sonst so scharf und gemessen sprach, in stürmischer Hast aus dem Munde, als könne sie gar nicht schnell genug das so lang gehütete Geheimniß los werden. „Ja, ich bin Deine Mutter und ich bin auch die verlorene Dirne, die Kupplerin, die Wucherin, die Mörderin als welche Du mich hier angeklagt hast, aber wer hat mich dazu gemacht? Dein Vater. Für wen bin ich es geworden? Um Deinetwillen! Schweig“, fuhr sie fort, als Guy eine Bewegung machte, als ob er sprechen wollte, „jetzt rede ich. Ich war jung, ich war hübsch, als ich nach Paris kam“, fuhr sie fort, „ich war nicht besser und nicht schlechter als tausend Andere, die arm auf das Pflaster der großen Stadt geworfen wurden, ich arbeitete in Magazinen, ich ward Schauspielerin an einem der Vorstadttheater, ich hoffte es noch weiter zu bringen. Da lernte ich einen Mann kennen, er nannte sich Mercier, wie er schon viele andere Namen geführt hatte, er gab sich für einen reichen Fabrikanten aus Lyon aus und heirathete mich. Nach wenigen Monaten vertraute er mir an, er habe sich in eine Verschwörung gegen den Kaiser eingelassen und müsse fliehen. Ich half ihm fort; wenige Tage später fand eine Haussuchung bei mir statt; der Mann, der mich geheirathet, war das Mitglied einer gefährlichen Verbrecherbande; um sich zu retten, hatte er mich preisgegeben. Man fand in meinen Schränken die bei einem Raubmord entwendeten Kostbarkeiten. Ich saß monatelang in Untersuchungshaft; als ich endlich wegen mangelnder Beweise entlassen ward, war ich bettelarm und ehrlos. Ein paar Wochen später wurde mein Sohn geboren. Ich mußte ihn ins Findelhaus tragen. Und dann that ich, was gerade vorkam, was man von mir verlangte, wenn's nur Geld einbrachte, nicht für mich, sondern für meinen Sohn; ich konnte darben, ich konnte entbehren, er sollte es gut haben, er sollte lernen und ein feiner vornehmer Herr werden. Ich holte ihn, so bald ich konnte, aus dem Findelhause, sorgte für ihn, brachte ihn in eine gute Pension, erzog ihn wie einen Prinzen, aber sagte ihm nie, daß er mein Sohn sei. Er hätte mich ja dann auch nach seinem Vater gefragt, und er sollte es nicht wissen, daß ich seine Mutter sei, die er schmähte, der er fluchte, weil sie ihn verlassen. Er sollte mich lieben, er sollte mir danken, für ihn einzig und allein habe ich Alles gethan — und er — hat mich verrathen, er hat mich vernichtet!“ ...

Erschöpft sank sie auf die Bank zurück.

„Meine Mutter! ... Ich habe sie vernichtet!“ schrie jetzt auch Guy Meaupin, und sein Schrei fand ein Echo auf der Zeugenbank, wo Honorine ohnmächtig zusammengebrochen war und von Candidus und einigen hilfsbereit herbeigeeilten Herren hinausgetragen ward.

Guy achtete nicht darauf. Alles, was sich ihm hindernd in den Weg stellen wollte, zurückdrängend, bahnte er sich einen Weg zu der Angeklagten, sank ihr zu Füßen und schrie mit herzzerreißendem Tone: „Verzeihe mir!“

Im nächsten Augenblicke war er schon wieder aufgesprungen, drängte sich durch die scheu vor ihm zurückweichende Menge und stürzte wie wahnsinnig davon. Der Tumult und die Aufregung waren so groß geworden, daß an eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht zu denken war, der Präsident vertagte die Sitzung deshalb auf zwei Stunden und ließ die Angeklagte wieder in ihr Gefängniß zurückführen. Die Zuschauer verliefen sich sehr schnell, es gab draußen so viel zu erzählen und auch Neues zu hören.

28. Kapitel.

Lorenz Candidus, der etwas verspätet zu der Gerichtsverhandlung eingetroffen war und nur kurze Zeit bleiben wollte, stand am äußersten Ende des Saales, in der Nähe der Thür, aber doch so eingekeilt, daß er dieselbe nur mit Schwierigkeiten zu erreichen vermochte. Er sah Guy Meaupin an sich vorübergehen, und das Gesicht des Journalisten hatte etwas so Entsetzliches, erschien ihm so gekennzeichnet von einem finsteren, unheilvollen Vorhaben, daß der junge Landwirth urplötzlich von dem Gedanken durchzuckt ward, hier gelte es rasch zu handeln, um einer verzweifelten That zuvorzukommen. Er bemühte sich, die Thür zu erreichen, durch welche Meaupin bereits verschwunden war, aber es vergingen doch mehrere Minuten, ehe es ihm gelang, die lebendige Mauer zu durchbrechen, die sich, nachdem der Franzose sich hindurchgedrängt, hinter ihm nur um so fester wieder geschlossen hatte. Aber auch im Flur, in den Gängen und vor dem Gerichtsgebäude drängten sich die Menschen; von allen Seiten ward Lorenz angerufen und festgehalten, man bestürmte ihn mit Fragen nach den letzten Vorgängen bei der Verhandlung, von denen nur dunkle unbestimmte Gerüchte bis hierher gedrungen waren. Er stand Niemandem Rede; mit dem Rufe: „Laßt mich los, ich muß ein Unglück verhüten!“ machte er sich von den sich nach ihm ausstreckenden Händen frei, trotzdem war wiederum Zeit vergangen, und Guy Meaupin hatte einen starken Vorsprung erreicht. So schnell Lorenz auch lief, sah er ihn doch schon in seinem in der Nähe des Metzgerthurmes belegenen Hotel verschwinden, als er die Pfarrkirche eben erst hinter sich gelassen hatte.

„Wo ist Herr Meaupin?“ Mit dieser athemlos hervorgestoßenen Frage betrat er das Hotel.

„Soeben auf sein Zimmer gegangen, Nr. 13, zweites Stockwerk nach dem Hofe, es ist heute wegen der Verhandlung Alles besetzt, wir konnten ihm nichts Besseres geben“, berichtete der Portier.

(Fortsetzung folgt.)

hausbesuch gestattet. Auch die Anzahl der Gäste und Gerichte bei Hochzeiten und Taufen war durch Landesordnungen beschränkt. Würfel- und sonstige Glücksspiele waren den Bauern verboten. Vorgeschrieben war dem Bauer, wo er seine Waaren zu kaufen hatte, Handel war ihm verboten, Verkauf eines Gutes nur mit besonderer Erlaubniß des Ordensbeamten gestattet. Aber der Orden schützte ihn auch gegen Ausbeutung durch die klügeren Städter, die oft versucht wurde. Bei verschuldeten Bauern erscheint als Hauptgläubiger stets der Orden selbst, der zu dem damaligen allgemein gebräuchlichen Zinsfuße von 8—12 Proc. Geld auslieh.

Die Bildungsstufe der Bauern wird ziemlich niedrig gewesen sein; die Nachrichten darüber fehlen jedoch fast ganz.

Das Gesinde auf den Dörfern, das zum größten Theil polnischen oder preußischen Stammes war, machte den Bauern viel zu schaffen. Um es am Orte zu halten, setzte der Orden für das ganze Land einen gleichmäßigen Lohn fest, der sich nach unserem Gelde für den Großknecht auf ca. 45, für den Knecht auf 30, für die Großmagd auf 22, für die anderen Mägde auf 15 Mk. jährlich belief. Doch mußten die reicheren Gegenden immer noch fremde Erntearbeiter heranziehen. Man suchte einen Theil des Gesindes daher seßhaft zu machen, indem man ihm gegen Zins eigenes Land gab. Trotzdem fehlte es häufig an Arbeitskräften, so daß die Gesinde-Verordnungen immer wiederkehren.

Die Lage der Bauern unter dem Orden war gut; erst mit der polnischen Zeit verschlechterte sie sich zusehends. Mit einer Anknüpfung der neuen deutschen Zeit an die Zeit der Ordensherrschaft schloß der anregende Vortrag. P. S.

Die Vermögen über 6000 Mark.

Die amtliche „Stat. Korr." giebt in einem Artikel über die besitzenden Klassen in Preußen eine Uebersicht über die Personen, die zur Ergänzungssteuer veranlagt sind, also mehr als 6000 Mk. Vermögen besitzen.

Im ganzen Staate machen diese Zensiten einen ziemlich beträchtlichen Prozentsatz der Gesammtbevölkerung aus; es sind 1 152 332 Ergänzungssteuerpflichtige vorhanden, die mit ihren Angehörigen 4 347 875 Köpfe oder 14,11 v. H. der Bevölkerung zählen. Davon entfallen 1 717 908 Köpfe auf die Städte und 2 629 967 Köpfe auf das platte Land. Die Besitzenden **auf dem Lande** sind mit 14,32 v. H. der Gesammtbevölkerung **zahlreicher** als in den Städten, wo sie nur 13,80 v. H. ausmachen. Doch sind die bedeutenden Vermögen in den Städten viel mehr vertreten als auf dem Lande. Das gesammte steuerpflichtige Vermögen in den Städten beträgt 38,35 Milliarden Mark, auf dem Lande nur 25,57 Milliarden; dasjenige der Zensiten mit mehr als 3000 Mk. Einkommen in den Städten 30,88, auf dem Lande nur 11,72 Milliarden Mark. Auf den Zensiten entfällt ein durchschnittliches Vermögen von 73 723 Mk., auf dem Lande ein solches von 40 446 Mk. Zu einem Einkommen von mehr als 100 000 Mk. sind in den Städten 1279, auf dem Lande 300 Personen veranlagt.

Die Vertheilung der ergänzungssteuerpflichtigen Bevölkerung auf die einzelnen Regierungsbezirke ist sehr verschieden. Die östlichen Provinzen stehen hinter den westlichen erheblich nach, und die mittleren Provinzen haben Zahlen, die zum Theil noch die der westlichen übersteigen. Am geringsten ist die ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung im Regierungsbezirk Königsberg mit 8,51 v. H. der Gesammtzahl; dann folgen Oppeln mit 9,20, Danzig mit 9,50, Posen mit 9,63 und Marienwerder mit 9,86 v. H. Auch Berlin zeigt mit 10,78 einen nur niedrigen Procentsatz, während er im Regierungsbezirk Potsdam 14,72 beträgt. Beachtenswerth ist, daß im Osten der Procentsatz der ländlichen Ergänzungssteuerpflichtigen hinter dem der Stadtbewohner erheblich zurückbleibt, während in den mittleren Provinzen das umgekehrte Verhältniß obwaltet und auch im Westen die ländlichen Procentsätze überwiegen.

Deutsches Reich.

* **Berliner vegetarische Ausstellung 1896.** In der am 15. Januar 1896 abgehaltenen General-Versammlung der Vegetarier-Vereinigung, Centrale Berlin, ist beschlossen worden, im Anschluß an die diesjährige in Treptow abzuhaltende Berliner Gewerbe-Ausstellung eine „Vegetarische Ausstellung" zu veranstalten, und zwar wohl räumlich anstoßend, doch administrativ ohne Zusammenhang mit der genannten Berliner Gewerbe-Ausstellung, was die Möglichkeit gestattet, auch Ausstellungs-Gegenstände anderen als Berliner Herkommens in den Rahmen dieser Ausstellung aufzunehmen. Die Berliner vegetarische Ausstellung 1896 soll, wie es in dem Aufruf heißt, „vor allem naturgemäße Nahrungsmittel, d. h. alle solche Nahrungsmittel vorführen, welche der vegetarischen Anschauung gemäß leibliches und geistiges Gedeihen fördern. Absolut ausgeschlossen sind alle Schlachtproducte (Fleisch aller Thiergattungen, Fett vom getödteten Thiere), ferner alle alkoholischen Getränke (gegohrenes Bier, gegohrener Trauben- oder Obstsaft, gebrannte Getränke oder Destillations-Producte), endlich narkotische Reizmittel wie Bohnen-Kaffee, chinesischer Thee und Tabak in allen Formen". Zu dieser Ausstellung sollen herbeigezogen werden Bekleidungs- und Einrichtungs-Gegenstände, welche einen Fortschritt in hygienischer Richtung bekunden, zugleich aber auch bei den breiten Volksschichten durch Billigkeit und Einfachheit leicht eingeführt werden können.

* **Die Ausschmückung der Sieges-Allee** soll nach dem vom Kaiser gebilligten Plan in etwa zehn Jahren vollendet sein. Die Aufstellung der ersten Bildwerke ist kaum vor Ablauf zweier Jahre zu erwarten. Die beiden Künstler, denen die Figuren von Albrecht und Otto übertragen sind, haben zunächst eine Skizze herzustellen, deren Prüfung sich der Kaiser vorbehalten hat. Noch nicht bestimmt ist, welche Männer in Verbindung mit jenen beiden Fürsten dargestellt werden sollen. Die Vertreter der einzelnen Regierungsepochen werden nicht, wie es hieß, in Hermenform, sondern als überlebensgroße Büsten ausgeführt. Sie erhalten ihren Platz an den beiden Ecken der Marmorbank auf vorspringenden Sockeln. Noch mehr tritt das an die Mitte der Bank sich anschließende Postament hervor, welches die überlebensgroßen Statuen der Fürsten tragen soll. Das Postament hat genau die Höhe der Bank und wird in Renaissanceform gefertigt. Der Kopf der Figuren dürfte nach der den Künstlern gegebenen Tuschzeichnung über die lebende grüne Wand hinausragen, welche den anmuthigen Hintergrund und Abschluß bilden soll. Das ganze wird aus wetterbeständigem Marmor hergestellt und von zwei Kandelabern flankirt.

* **Zur Abberufung de Granceys,** des französischen Marine-Attachés in Berlin, berichtet der Pariser „Matin", daß der Botschafter Herbette über ihn Beschwerde geführt habe. Herbette wirft ihm eine absichtliche Unbotmäßigkeit vor, die der Ausübung des Dienstes schade und die Beziehungen zwischen Botschafter und Attaché unmöglich mache. Er betont ferner die allzu große Willfährigkeit gegenüber den deutschen Behörden und führt als Beweis dafür an, daß der Marine-Attaché dem deutschen Kaiser ein französisches Marinegeheimniß verrathen habe. Er habe nämlich ein mit dem französischen Schiffsanstrich, „toile mouillée", überzogenes Holzstück dem Kaiser verschafft; nach den angestellten Proben soll dieser Anstrich am besten die Gegenwart von Schiffen am Horizont verdecken. Es scheint — so fügt der „Matin" hinzu —, daß der Kaiser den Anstrich so erfolgreich untersuchen ließ, daß die deutsche Admiralität jetzt über seine Zusammensetzung vollkommen unterrichtet ist. (?)

* **Zum Lehrerbesoldungsgesetz.** Auch der Gesammtvorstand des **schlesischen** Provinziallehrervereins hat zu dem Gesetzentwurfe Stellung genommen. Diejenigen Gesichtspunkte, die in erster Reihe den Protest der Städte hervorgerufen, überging er als nicht vor sein Forum gehörig. Seine Wünsche, die dem Abgeordnetenhause unterbreitet werden sollen, faßte er dahin zusammen:

1) Das Grundgehalt möge auch an billigen Orten 1200 Mk. betragen. 2) Eine ruhegehaltsberechtigte Zulage möge für Rectoren, Hauptlehrer, erste und alleinstehende Lehrer festgesetzt werden. 3) Für einstweilig angestellte Lehrer möge das Gehalt 20 Proc. weniger als das Grundgehalt der betreffenden Stelle betragen. 4) Einkommen aus dem kirchlichen Amte möge bis zum Betrage von 300 Mk. dem Lehrereinkommen nicht eingerechnet werden. 5) Das Grundgehalt möge durch Alterszulagen nach ungefähr 25 Amtsjahren verdoppelt werden. 6) Die Alterszulagen dürften nur auf Grund eines Disciplinarverfahrens versagt werden. 7) Als Dienstzeit möge auch das Wirken an Privatschulen angerechnet werden, welche den Charakter öffentlicher Schulen haben. 8) Die geforderte Dienstwohnung möge nur für einstweilig angestellte Lehrer eine beschränktere sein. 9) Die Wohnungsentschädigung möge eine ausreichende Entschädigung für nicht gewährte Wohnung sein. 10) Freie Feuerung sei, wo es bisher üblich gewesen, zu gewähren, sie möge mit 5 Proc. des Grundgehalts in letzteres eingerechnet werden. 11) Die Deputate mögen nach dem Gesetze vom 27. April 1872 abgelöst werden. 12) Die Landnutzung möge mit dem einfachen Grundsteuer-Reinertrage in's Grundgehalt eingerechnet werden. 13) Zu amtlichen Conferenzen mögen Entschädigungen aus der Staatskasse gezahlt werden. 14) Das Gehalt an Landlehrer möge durch die Kreiskassen gezahlt werden. 15) Die Vertheilung der Staatszuschüsse gehört nicht zur Wunschäußerung der Lehrerschaft.

Aus **Stettin** kommt die Meldung, daß der dortige Magistrat beschlossen hat, die Angelegenheit wegen Aufbesserung der Gehälter der städtischen Lehrer bis zur Entscheidung des Lehrerbesoldungs gesetzes zu **vertagen.**

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. Februar.

* **Alters- und Invaliden-Renten.** Im Anschluß an die kürzlich im Reichstage zur Sprache gebrachte Vermehrung der auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1889 gewährten Invaliden-Renten und des Rückganges der Altersrenten wird es für unsere Leser von Interesse sein, von dem Steigen und bezw. dem Rückgange der bezüglichen Renten im diesseitigen Stadtbezirk einen ziffermäßigen Nachweis zu erhalten.

Es sind festgesetzt:

a. **Altersrenten:**

im Jahre	1891	für	216	Personen	mit	30 314 Mk.
„	1892	„	79	„	„	11 495 „
„	1893	„	80	„	„	10 848 „
„	1894	„	65	„	„	8 686 „
„	1895	„	39	„	„	5 502 „
		Sa.	479	Personen	mit	66 845 Mk.

b. **Invalidenrenten:**

im Jahre	1892	für	29	Personen	mit	3 324 Mk.
„	1893	„	74	„	„	8 498 „
„	1894	„	109	„	„	13 034 „
„	1895	„	139	„	„	17 224 „
		Sa.	351	Personen	mit	42 080 Mk.

Die Zahl der Altersrenten ist sonach von 1895 gegen 1891 in der Personenzahl um 177 und im Rentenbetrage um 24 812 Mk. gefallen, Die Zahl der Invalidenrenten dagegen von 1895 zu 1892 um 110 in der Personenzahl und um 13 900 Mk. im Rentenbetrage gestiegen.

Zur Erläuterung bemerken wir, daß der früheste Termin zur Bewilligung von Invalidenrenten mit dem 21. November 1891 begann. Wir bemerken ferner, daß, da die Wartezeit für die Gewähr der Altersrente 40 Jahre dauert und nur solchen Personen gewährt wird, welche das 70. Lebensjahr vollendet haben, der Rückgang dieser Rente voraussichtlich in der Zeit bis zum Jahre 1930 noch ein bedeutend größerer werden dürfte, weil es den vor Ablauf dieser Wartezeit auf diese Rente Anspruch erhebenden Personen in den meisten Fällen sehr schwer fallen wird, die zur Begründung des Anspruchs erforderlichen Nachweise einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 141 Wochen in den Jahren 1888 bis einschließlich 1890 zu beschaffen. Wir können daher den dabei interessirten Personen nur anempfehlen, sich um Ausstellung der betreffenden Arbeitsnachweise durch ihre Arbeitgeber rechtzeitig zu bemühen.

* * *

* **Beförderung russischer Auswanderer auf deutschen Eisenbahnen.** Nach neueren Bestimmungen sind Auswanderer aus Rußland, die nicht im Besitz eines vorschriftsmäßigen Passes und einer Kajütenkarte zur Fahrt über See sind und auf Binnenstationen Fahrkarten nach einer anderen Binnenstation oder nach einer Seehafenstation lösen wollen, diese zu verweigern. Denselben ist vielmehr lediglich eine Karte zur Rückkehr nach Rußland oder nach der nächsten Controlstation (Alexandrowo, Illowo, Prostken, Eydtkuhnen) zu verabfolgen. Bestehen Zweifel darüber, ob die Reisenden aus Rußland kommende Auswanderer sind, oder verweigern sie die Lösung einer Fahrkarte nach den vorgedachten Stationen, so sind sie sofort dem nächsten Organ der allgemeinen Polizeiverwaltung zuzuführen, welche letztere die Entscheidung zu treffen hat. Das Zugbegleitungs-, Stations- und Zugcontrol-Personal ist angewiesen worden, in den nach dem Westen gehenden Zügen sorgfältig aber ohne Belästigung unbetheiligter Reisender darauf zu achten, daß diese nicht — **wenn auch auf Grund giltiger Fahrkarten** — von Auswanderern aus Rußland benutzt werden, welche verbotswidrig die Grenze überschritten haben, also weder im Besitze eines vorschriftsmäßigen Passes und einer Kajütenkarte sind, noch eine der Auswanderer-Controlstationen passirt haben, aber trotzdem, ohne als Auswanderer erkannt zu sein, eine Fahrkarte am Schalter gelöst oder durch dritte eine solche erlangt haben. Reisende, gegen die nach Lage der Verhältnisse ein derartiger Verdacht vorliegt, sind dem Stationsvorsteher der nächsten Station zu melden, welcher ihre Vorführung vor die Polizeibehörde veranlaßt. Jeder Auswanderer, welcher eine Controlstation in ordnungsmäßiger Weise passirt hat, ist mit einer desfallsigen Bescheinigung versehen worden, so daß der Nichtbesitz einer solchen zu der Vermuthung einer stattgehabten Umgehung der Controlstation berechtigt. Die Bahnbeamten sind befugt, die Vorzeigung dieser Bescheinigungen zu verlangen.

* * *

* **Krankenanstalten.** Die Minister für Handel und Gewerbe, des Cultus, der öffentlichen Arbeiten und des Innern haben in einem gemeinschaftlichen Erlasse den Entwurf einer Polizeiverordnung über Anlage, Bau und Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten aufgestellt. Diesem Entwurfe entsprechend, welcher besonders in bau- und gesundheitspolizeilicher Beziehung eingehende Bestimmungen enthält, sollen seitens der Herren Ober-Präsidenten für den Umfang der einzelnen Provinzen neue Polizei-Verordnungen erlassen werden.

Vermischtes.

Die Königin von Madagaskar

scheint, wie aus Antananarivo berichtet wird, mit ihrem jetzigen Loose sehr zufrieden zu sein, da die Entfernung des alten Premierministers Rainilaiarivony vom Hofe eine Erlösung für sie bedeutete und ihr gestattete, mit Uebergehung des jetzigen Premiers einen jungen und schmucken Mann, Paul Ratsunbaha, welcher einer der ersten Familien des Landes angehört, zum Gemahl zu nehmen. Mehrere Pariser Damenschneider streiten sich gegenwärtig um die Ehre, die Toiletten ihrer chokoladefarbigen Majestät zu liefern. Der aus Madagaskar heimgekehrte General Metzinger hatte auf eine bezügliche Frage geantwortet, die Königin lasse ihre Kleider und Mäntel von Worth oder vielleicht Doucet kommen. Aber damit ist ein Concurrent von diesen nicht zufrieden. Lemaire thut daher der reichen Damenwelt kund und zu wissen, daß er es ist, der seit 1887 die Ehre hat, die Königin Ranavalo mit Kleidern, Hüten, Stoffen und Blumen zu versehen und daß die erste Rechnung sich auf 12 000 Francs belief.

Die Tochter des Bürgermeisters Tschech,

der wegen des Attentats auf König Friedrich Wilhelm IV. hingerichtet wurde, ist Ende Januar nach einem an Entbehrungen reichen Leben in einem Hospital in Brooklyn im Alter von 72 Jahren gestorben. Der „Newyork Herald" berichtet, daß Elisabeth Tschech sich nach ihrer Flucht nach Amerika in Newyork kümmerlich durch Sticken und gelegentliche schriftstellerische Arbeiten ernährte. Mit einen gewissen Willenau ging sie eine gemeinrechtliche Ehe ein, trennte sich aber bald wieder von ihm. Seitdem war, wie sie selbst sagte, der Hunger ihr treuester Gesellschafter. Vor zwanzig Jahren war die damals schon sehr gealterte, abgezehrte Frau eine häufige Besucherin der Redactionen deutscher Zeitungen; ein umfangreiches Manuscript über die Vorgeschichte des Attentats wollte sie in Druck bringen. Aber die Geschichte war zu veraltet, erst als Johann Most mit seiner „Freiheit" nach Newyork kam, wurde Frau Willenaus Wunsch erfüllt und ihr Manuscript veröffentlicht. Die Damen des „Germania-Frauen-Vereins" von Brooklyn wollten vor zwei Jahren die Greisin im Marien-Heim unterbringen, sie aber weigerte sich, dies zu acceptiren; mit ihren Lieblingen, einer Schaar Katzen, von milden Gaben ihr Dasein fristend, lebte sie weiter in einem Zimmer von 65 Monell Str. Williamsburg; vor vier Wochen traf sie ein Schlaganfall, an dessen Folgen sie im Armenhospital zu Flatbush gestorben ist.

Kleine Mittheilungen.

* **Luxus im abessynischen Lager.** Der Militärarzt Mozetti beschreibt im „Popolo Romano" seinen Aufenthalt beim Ras Mangascha, den er bekanntlich heilte. „Die Mahlzeiten waren nach abessynischer Sitte üppige Prunkgelage. Man trank Bordeaux und Chianti. Das Zelt Mangaschas, mitten im Lager aufgeschlagen, mißt 15 Meter im Durchmesser; innen ist es mit schweren Seidenstoffen und prächtigen orientalischen Teppichen tapezirt. Ueberall bedecken Löwen- und Leopardenfelle den Boden. Das Zelt der Königin ist dreimal so groß wie das der Ras und mit blendendstem Luxus ausgestattet. Die Ehren-Leibgarde der Königin, nicht weniger als 5000 Mann stark, lagert um ihr Zelt und schließt es völlig ab. Dann erst kommen im Kreise die Hunderte von Zelten ihrer Hofdamen." So mag einst Kleopatra ihr Land durchzogen haben.

* **Aus dem englischen High-life.** In ein paar Tagen wird in London ein Prozeß beginnen, dem das ganze vornehme London mit großer Spannung entgegensieht. Miß Birdie Sutherland, eine der „Belles" des lustigen Gaiety-Theaters, ist der Ansicht, der „Ehrenwerthe Herr D. Marjoribanks" habe ihr die Ehe versprochen, und da der Hon. Mister sich an dieses Versprechen entweder nicht mehr erinnert oder es nicht zu halten gedenkt, so klagt die schöne Miß auf die Kleinigkeit einer Entschädigung von 20 000 Pfund Sterling. Der Fall wird noch besonders pikant durch den Umstand, daß der Richter Lord Russell, der Vertheidiger Mr. Asquith und der Vater des Verklagten Lord Tweedmouth alle hervorragende Mitglieder des letzten Cabinets waren.

* **Schachkampf.** Einen Match zwischen den Schachmeistern Lasker und Steinitz will der Moskauer Schachclub während der Krönungsfeste arrangiren; die dazu erforderlichen 4000 Rubel hofft man schon in den nächsten Tagen durch Subscription aufzubringen. Lasker spielte am 2. Februar im Moskauer Doctorclub zusammen mit Bostandjoglo gegen die besten Spieler in Moskau, Dr. Falk und S. Lewitzki; die letzteren, die weiß hatten und mit dem Evans-Gambit anfingen, gaben nach 52 Zügen, aber erst nach 4³/₄stündigem Kampfe das Spiel auf.

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Kleines Feuilleton.

Das lenkbare Luftschiff

will der durch seinen kecken Recognoscirungsritt am Anfange des deutsch-französischen Krieges bekannt gewordene Generallieutenant a. D. Graf Zeppelin erfunden haben. Wie wir bereits kurz gemeldet, hat er vor einigen Tagen im Ingenieurverein zu Stuttgart in Gegenwart des Königs von Württemberg über seine Erfindung gesprochen. Die „Straßb. Post" bringt über den Vortrag einen ausführlichen begeisterten Bericht, der aber an thatsächlichen Angaben eigentlich recht knapp ist. Graf Zeppelin ist der Meinung, daß der französische Hauptmann Renard im Princip die Frage der Lenkbarkeit des Luftballons gelöst habe. Renard habe sein Luftschiff „La Franke" schon 1888 während der Manöver bei Meudon mehrfach nach dem Aufstiegsort zurückgebracht, aber höchstens bei 6,5 Meter Geschwindigkeit in der Sekunde. Inzwischen habe Renard seinen Ballon „sicher bedeutend vervollkommnet, wenn auch die Franzosen darüber schweigen". Auf den Versuchen Renards will Graf Zeppelin weiter gebaut haben. Zur Aufnahme des Gases habe er ein Porenverdichtungsmittel des Seidenstoffes erfunden, das Monate lang kein bischen Gas durchdringen läßt. Seine mit Gitterträgern an dem cigarrenförmigen Renard'schen Ballon befestigte Gondel sei äußerst sinnreich und fest angebracht, trage vorn Motorflügel und hinten Steuerflügel; das Ganze, durch einen Daimlermotor aus Aluminium mit 6—10 Procent Kupferlegirung betrieben, könne sich bis 1100 Meter erheben, bis zu 1900 Kiloar. Belastung tragen und nöthigenfalls 7¹/₂ Tage ununterbrochen in den Lüften bleiben. Alles sei in Rechnung genommen. Die Ausdehnung des Gases durch Wärme und Sonnenstrahlen werde ausgeglichen, indem man das Gas nicht etwa entweichen läßt, sondern in Reserveräume überleitet, so daß der Ballon nicht platzen kann und doch kein Gas verliert. Auf- und Abstieg des Fahrzeugs werde ohne Ballastauswerfen oder Gasverlust äußerst sinnreich durch Schrägstellung der Gondel zum Ballon bewirkt, man lande gegen den Wind ganz gefahrlos. Alle diese Vorzüge des Zeppelin'schen Fahrzeuges habe eine von dem preußischen Kriegsministerium eingesetzte besondere Prüfungscommission rückhaltlos anerkannt. Dagegen berechne diese als Maximalgeschwindigkeit des Fahrzeuges etwa 5 Meter für die Secunde, Graf Zeppelin aber mindestens 12 Meter. An diesem Widerstreit sei die Förderung des Zeppelinschen Projectes zum Stillstand gekommen. Graf Zeppelin ist überzeugt, daß sein Fahrzeug, praktisch ausgeführt, wochenlange Reisen von täglich über 100 Kilometer mit ziemlich schwerer Belastung zurücklegen könne und im Kriege wie im Frieden von der allergrößten Bedeutung sein werde. Ein Modellschiff möchte er nicht erst erbauen. Das sei für praktische Zwecke doch nicht verwendbar und würde nicht viel weniger kosten als ein Vollschiff. Ein solches Luft-Vollschiff aber käme, wenn erst die Fabriken ihre Einrichtungskosten bestritten hätten, auf etwa 250 000 bis 300 000 Mk. zu stehen.

Ein schönes Schildbürgerstückchen

melden die Münchener Zeitungen aus dem baierischen Orte Kempten. Ein Glasermeister stürzte sich in selbstmörderischer Absicht von einer Brücke hinunter in die Iller, blieb aber zwischen Wasser und Eis stecken. Nun wurde eine Leiter an das Brückengeländer befestigt, an welcher zwei Männer hinabstiegen, um den Lebensmüden mittels eines Strickes herauszuziehen, da man von der Brücke aus deutlich den Körper wahrnehmen konnte. Die beiden „Lebensretter" befestigten nun den Strick — am Halse des im Wasser Liegenden, die oben auf der Brücke stehenden Personen zogen recht kräftig, und so gelang es, den Körper aus dem Wasser und hinauf auf die Brücke zu bringen. Nachdem aber die Prozedur des Hängens in so nachdrücklicher Weise an dem Selbstmordcandidaten vorgenommen worden war, konnte keine Spur von Leben mehr in ihm wahrgenommen werden, und alle Wiederbelebungsversuche blieben begreiflicherweise erfolglos. — — So ist also Schilda weit überholt, denn während die Schildaer doch nur ihren Gemeindebullen am Halse emporzogen, damit er das Gras abweide, das bisher nutzlos oben auf der Stadtmauer wuchs, „rettet" man in Kempten Ertrinkende in dieser eigenartigen Weise.

* **Böcklin bei der Arbeit.** In dem neuen Heim, das Arnold Böcklin sich im Frühjahre 1895 auf halber Höhe zwischen Florenz und Fiesole eingerichtet hat, schafft der Meister mit jugendlicher Arbeitslust. Auf seinen Staffeleien stehen gegenwärtig vier Gemälde, von denen zwei beinahe bis auf den letzten Strich vollendet sind, trotzdem der Künstler im Sommer, den er in Viareggio zubrachte, den Pinsel nicht zur Hand nahm. Das erste dieser Bilder stellt Polyphem dar, wie er sich anschickt, den Odysseus und seine Gefährten durch einen auf ihre Barke geschleuderten Felsen zu vernichten. Die bewegte See, die sich an den Felsen bricht, und auf der die mit den Griechen gefüllte Barke sich schaukelt, ist entzückend gemalt, der Meeresgischt auf's feinste ausgeführt. Die braune Riesengestalt, die sich von dem grauen Geschröffe und von den aufsteigenden dunklen Wetterwolken abhebt, contrastirt mit den hellen, buntgekleideten Figuren im Schiff, unter denen der zum Abschied höhnende Odysseus hervorragt. Das prächtige Bild dürfte in den nächsten Tagen an seinen Besteller abgeliefert werden. Ein anderes Gemälde, eine ganz eigenartige Composition des Künstlers, ist „Brand" betitelt. Auf der gleichfalls beinahe vollendeten Leinwand — das Bild ist einen Meter hoch und siebzig Centimeter breit — sieht man unten eine brennende Stadt. Ueppige Gärten und architektonisch schöne Mauern lassen erkennen, daß die Kriegsfurie eine echte Culturstätte in Asche legt. In den rostbraunen Rauchwolken, die von der Stadt emporsteigen, reiten der Tod als Heerführer, zu seiner Rechten Rache, Gewalt und Pestilenz; die Rache ist eine gelbgekleidete Furie mit Schlangen in den Haaren, die Gewalt ist durch einen Greis mit verbitterten und verwetterten Gesichtszügen dargestellt, die letzte weibliche Figur ist in ein krapprothes Gewand gekleidet. Die drei Pferde, die man sieht, überbieten sich in Hast und Ungestüm, nur der von Gewalt gerittene Schimmel ist ein edles, wenn auch abgejagtes Thier; die anderen beiden sind Mähren. Das Bild wird nach der „Presse" den bedeutendsten Schöpfungen Böcklins gleichzustellen sein.